Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.

Fernsprecher Moabit 2021, Hansa 1970, 1971 und 1972.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Sonnabend, den 12. August 1922

5. Jahrg. Nummer 299

Die zweigespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Londoner Kompromißverhandlungen

Moratorium bis Ende 1922

(EP.) **Paris**, 11. August. Nach dem ersten Sträuben Poincarés ist das Kompromiß auf dem Wege und hat in einigen Punkten bereits zu einer Einigung geführt. Nach einem gemeinsamen Frühstück in Downingstreet, hatten Lloyd George, Poincaré und Theunis heute vormittag 10 Uhr eine neue Unterredung, die bis 1 Uhr dauerte, und nachmittags 6 Uhr wiederaufgenommen wurde. Die Vollsitzung, die auf 11 Uhr anberaumt war, ist verschoben worden. Die Besprechung drehte sich

um den Kompromißvorschlag.

Der Korrespondent des „Temps" in London glaubt zu wissen, daß eine Einigung in den ersten sechs der zehn vorliegenden Artikel erzielt würde. Die Besprechung des Art. 7, der sich mit den staatlichen Kohlengruben des Ruhrgebiets und mit den staatlichen Wäldern auf dem linken Rheinufer befaßt, wird heute nachmittag fortgesetzt werden. Es wurde in folgendem eine Einigung erzielt: **Deutschland wird ein Moratorium für die Barzahlungen bis Ende 1922 erhalten.** Die Sachleistungen bleiben aber bestehen, besonders für Holz und Kohlen. Als Garantie wurde angenommen die 26prozentige Ausfuhrabgabe und die **Beschlagnahme gewisser Zolleinnahmen.** Die daraus hervorgehenden Summen werden von der Reparationskommission erhoben und während der Dauer des Moratoriums der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Der Ertrag der staatlichen Kohlengruben des Ruhrgebiets und der Staatswaldungen auf dem linken Rheinufer wurde als Sanktion dem Garantiekomitee zur Verfügung gestellt, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Frankreich würde für die geplanten zwei Einnahmequellen ein Privileg eingeräumt werden. Als weitere Verpflichtung würde Deutschland auferlegt werden: Autonomie der Reichsbank, Erlaß eines Gesetzes über die Kapitalflucht, Konsolidierung der schwebenden Schuld und tatsächliche Kontrolle der Reichsfinanzen durch das Garantiekomitee. Die Gegenvorschläge, die das Garantiekomitee gestern ausgearbeitet hatte, setzen sich aus zehn Punkten zusammen: 1. Autonomie der Reichsbank, 2. 26prozentige Ausfuhrabgabe, 3. Beschlagnahme der Zölle, 4. Kontrolle der Ruhrbergwerke und der staatlichen Waldungen im Rheinland. Die Punkte 5 und 9 beziehen sich auf die Durchführung der vorgenannten Forderungen. Punkt 10 bestimmt, daß Deutschland für eine nicht näher bestimmte Zeitdauer ein Moratorium für die Barzahlungen gewährt werde. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe würde als Garantie für eine internationale Anleihe dienen. Das Garantiekomitee soll seinen Sitz in Berlin aufschlagen. Es verlautet außerdem, daß das englische Kabinett die Erörterung über die interalliierten Schulden in Betracht gezogen hat, wenn eine Einigung mit Poincaré nicht zustande käme. Poincaré soll erklärt haben, daß die Konferenz noch einige Tage dauern werde. Dies wird dahin ausgelegt, daß die Debatte erweitert und die interalliierten Schulden einbezogen werden sollen. Andererseits wird mitgeteilt, daß Poincaré am 20. August ein Kriegerdenkmal in Triancourt einweihen werde. Das englische Kabinett wird sich heute nachmittag von neuem versammeln.

(E.P.) **London**, 11. August. Die offiziöse Presse bestätigt, daß in den Besprechungen zwischen den verschiedenen Delegierten bisher kein Vorschlag gemacht worden sei, der geeignet gewesen wäre, Lloyd George und Poincaré einander näher zu bringen.

(E.E.) **Brüssel**, 11. August. In Regierungskreisen wird versichert, daß auf Grund der heutigen Berichte von Theunis die Lage in London einen wesentlich ruhigeren und besseren Eindruck mache. Eine Einigung sei unbedingt zu erwarten.

Die englischen Gegenvorschläge

Vor den Sachverständigen

(EE.) **London**, 11. August. Die Nachmittagsbesprechung der drei Ministerpräsidenten dauerte von 4 bis 7 Uhr. Schanzer war nicht anwesend. Die englischen Gegenvorschläge gaben Anlaß zu Abänderungen. Sie wurden den Sachverständigen übergeben, um von diesen einer neuen Prüfung unterzogen zu werden. Die Sachverständigen treten heute nacht und morgen vormittag zusammen. Neue Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten werden erst nach Vorlegung des Berichtes der Sachverständigen erfolgen, was nicht vor morgen mittag geschehen kann.

Beim heutigen Empfang der französischen Journalisten erklärte Poincaré, die englischen Gegenvorschläge folgen den französischen Punkt für Punkt, aber mit gewissen Aenderungen. Die drei Minister stimmen in der Frage der Autonomie der Reichsbank überein.

Eine strenge Kontrolle durch das Garantiekomitee

wird eingeführt werden. Dieses wird den Banknotenumlauf, die Ausgabe der Schatzscheine und das Budget Deutschlands zu überwachen haben. Die englischen Gegenvorschläge bekunden den lebhaften Wunsch, eine Annäherung herbeizuführen. Aber die Redaktion dieser Gegenvorschläge ist äußerst vage. Besonders die Mittel, die angewendet werden sollen, um die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern, sind sehr unbestimmt genannt. Die Frage der Staatsbergwerke und die Staatswaldungen wurde eingehend geprüft. Hierüber haben die Sachverständigen einen vollständigen Bericht zu erstatten. Insbesondere werden sie die Frage der Kontrolle über diese Pfänder genau darzulegen haben. Im Laufe der Besprechungen zwischen Lloyd George und Theunis wurde auch über die

Auslegung des Artikels 248 des Versailler Vertrages

eingehend gesprochen. Poincaré ist der Ansicht, daß dieser Artikel von England falsch ausgelegt wird. Man muß sich auch an den Paragraphen 12 des Anhangs 2 sowie an die Paragraphen 17 und 18 halten. Nach Paragraph 48 ist die Gesamtheit des deutschen Eigentums nunmehr Eigentum der Alliierten und selbst, wenn keine absichtliche Verfehlung Deutschlands festgestellt würde, könnten die Alliierten sich an die Besitzungen Deutschlands halten. Im Fall der Feststellung einer absichtlichen Verfehlung werden die Paragraphen 17 und 18 wirksam. Poincaré erklärte weiter, die englischen Gegenvorschläge beseitigten endgültig den Plan der Errichtung zweier Zolllinien am Rhein und der Ruhr, sowie die Teilnahme der Alliierten an den deutschen chemischen und Flugzeugfabriken. Vollkommenes Einverständnis zwischen den drei Ministerpräsidenten wurde wegen der Zolleinnahmen und wegen der 26prozentigen Ausfuhrtaxe erzielt. Ohne weitere Erklärungen abzugeben, schloß Poincaré seine Darlegungen mit der Versicherung daß er trotz der weitvorgeschrittenen Verhandlungen nicht gewiß sei, daß man zu einer Verständigung komme.

Der englische Standpunkt

Paris, 11. August. Die Pariser Blätter berichten, daß Lloyd George und Poincaré wahrscheinlich heute vormittag das Frühstück gemeinsam einnehmen werden, um dabei die Lage zu besprechen. Es wird ferner bekannt, daß Lloyd George Austin Chamberlain, Sir Robert Horne und Worthington Evans damit beauftragen will, eine Erklärung auszuarbeiten, in der der Standpunkt der englischen Regierung dargelegt wird und die dann den Führern der Delegationen übermittelt werden soll. Der englische Standpunkt soll nach dem Berichterstatter des „Petit Parisien" der folgende sein: Wir sind bereit, alle die Maßnahmen anzuwenden, die in dem französischen Plan enthalten sind und die sofort Goldmark einbringen, aber wir weigern uns, denen zuzustimmen, die nichts anderes als Papiermark ergeben können.

Aussicht auf Verständigung

(DA.) **London, 11. August. Die Gefahr eines Bruches ist als überwunden anzusehen. Sowohl Poincaré als auch die übrigen Alliierten sind bestrebt, so schnell als möglich zu einer Einigung in den strittigen Fragen zu gelangen. Sowohl von französischer wie von englischer, italienischer und belgischer Seite wird erklärt, daß alle Teile den ernsten Willen hatten, eine Lösung zu finden, die möglichst allen Interessen gerecht wird. Noch im Laufe des heutigen Vormittags hofft man, die Verständigungsbasis durch Nachgeben von allen Seiten zu finden. Von französischer Seite wird mit besonderem Nachdruck betont, daß alle Nachrichten über angebliche bevorstehende militärische Sanktionen falsch sind. Es sind keinerlei Maßnahmen geplant, die nicht sogenannten produktiven Charakter tragen und wirkliche finanzielle Ergebnisse für die Entente mit sich bringen. Unter diese produktiven Sanktionen wird aber auch von französischer Seite eine militärische Aktion etwa im Ruhrgebiet nicht gerechnet.**

Die Ausweisungen im Elsaß

(WTB.) **Berlin**, 11. August. Der Reichsregierung ist heute nachmittag die Nachricht zugegangen, daß in Paris eine Verbalnote der Französischen Regierung übergeben wurde, welche den Inhalt der bereits in der Presse verbreiteten Meldungen über die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger bestätigt. Danach sollen 500 deutsche Staatsangehörige aus Elsaß-Lothringen bis zum 12. August ausgewiesen werden. Es wird ihnen gestattet, Handgepäck sowie den Gegenwert von 10 000 Mark für eine Familie und von 5000 Mark für die unverheiratete Person mitzunehmen. Die Ausweisung weiterer 500 Deutscher wird angekündigt für den Fall, daß die französischen Forderungen nicht erfüllt werden.

(EP.) **Paris**, den 11. August. Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen haben heute begonnen. Zunächst haben 500 Einwohner der genannten beiden Provinzen den Ausweisungsbefehl erhalten, und zwar im Departement Oberrhein 100, Niederrhein 150, Departement Mosel 250. Aus Metz allein sind 60 Personen ausgewiesen.

Verlogen und erbärmlich

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau hat geendet wie er eingeleitet ward und wie er durchgeführt worden ist; verlogen und erbärmlich.

Verlogen war die Anklage, die Männer, die ihr Leben lang im Dienste der Revolution gegen den Zarismus gekämpft haben, anklagte auf die Aussage von einigen Burschen hin, die zugegebenermaßen die Attentate auf Lenin und Wolodarski organisiert, dann um Straffreiheit zur herrschenden Partei übergelaufen sind und ihre früheren Parteigenossen in der Manier von Lockspitzeln denunziert haben. Die Aussagen dieser zweifelhaften Ehrenmänner waren die einzige Grundlage der Anklage, für die sonst keine Zeugenaussage, kein Schein eines Beweises ins Treffen zu führen war.

Verlogen die Durchführung des Prozesses, die den Angeklagten jede Möglichkeit zur Verteidigung nahm, die den Genossen Liebknecht, Rosenfeld und Vandervelde keine andere Wahl ließ als, zum Protest gegen solches Verfahren die Verteidigung niederzulegen. Verlogen der gefälschte „Massenterror", die von dem bolschewistischen Partei- und Staatsapparat wohlorganisierten Demonstrationen und Resolutionskampagnen, die Deputationen im Gerichtssaal erschienen, und die lange noch vor Schluß der „Beweisaufnahme nichts geringeres verlangten als den Tod der Angeklagten. Verlogen und erbärmlich der Aufmarsch der Moskauer Stipendiaten, die — der einstmals leuchtende und ach so verblichene und beschmutzte Name der alten, wohl zu alten Klara Zetkin waren — nach dem Blut der Sozialrevolutionäre rufen mußten, nicht nur in Moskau, sondern auch im Auslande aus vielen Tausend Kilometern Entfernung. Erbärmlicher noch als jemals ein bürgerliches Klassengericht zu handeln wagte, ist die Zumutung an die Angeklagten, ihre politische Kampfstellung gegen die Regierung abzuschwören, wenn sie frei ausgehen wollen. Am verlogensten und erbärmlichsten ist jedoch das Urteil, das diese ekle Komödie krönt, und das ihre Regisseure selber nicht zu vollstrecken wagen: das Todesurteil für die sozialrevolutionären Kämpfer, eine Scheinverurteilung und sofortige Begnadigung für die wirklichen Attentäter die Denunzianten.

Das Todesurteil ist bereits bestätigt, sein Vollzug jedoch ausgesetzt. Es soll vollstreckt werden, wenn die Sozialrevolutionäre „ihre konterrevolutionären Kämpfe" fortsetzen. Ist die feige Verlogenheit, die ein Urteil spricht, das sie entgegen dem Willen der proletarischen Welt zu vollstrecken nicht wagt, erbärmlich, ist doppelt erbärmlich die einzigartige Folter, die das Leben der Gefangenen abhängig macht von der Kugel jedes verrückten Hanswurfts, dem es einfällt, auf einen Bolschewisten zu schießen, von jedem Tschekisten, der einer aufgedeckten Verschwörung zu seinem Avancement bedarf — das erbärmlichste ist die Aufforderung an die Sozialrevolutionäre Partei, das Handeln nach ihrer politischen Ueberzeugung einzustellen, wenn sie das Leben ihrer Genossen retten will. Wie nicht anders zu erwarten übertrumpft noch die internationale Filiale der Bolschewiki, die Exekutive der [illegible] diese Schamlosigkeit und fordert die europäische Arbeiterbewegung auf, ihre Kritik an den Moskauer Methoden einzustellen, oder — das Blut der Verurteilten fließt. In der Tat: die Männer von Moskau haben verlernt und vergessen, daß es geistige Kräfte gibt, die nicht bestechlich sind, nicht einmal um einen so hohen Preis wie das Leben der Moskauer Gefangenen es ist. Ihr Leben ist bis heute erhalten geblieben dank dem Machtwort der europäischen Arbeiter und dieses Machtwort wird weiter bestehen zu ihrem Schutze.

Soweit das, was über diesen Prozeß gesagt werden muß, unabhängig von jeder politischen Beurteilung des Vorgangs, von jeder sachlichen Stellungnahme zu den Parteien.

Wir wissen, daß für jede Regierung die politische Notwendigkeit besteht, sich gegen politischen Terror zu schützen. Die Taten aber, um derentwillen die Sozialrevolutionäre verurteilt wurden und an denen gerade die zum Tode Verurteilten gar nicht beteiligt waren, liegen drei Jahre zurück; drei Jahre, nicht geruhiger Entwicklung, sondern schicksalsschwere Jahre, in denen die Tragödie der russischen Revolution sich vollendete. Vor drei Jahren haben die Bolschewiki die Sozialrevolutionäre verhaftet, weil deren Opposition ihre Herrschaft und damit den Versuch zur sozialistischen Organisation der russischen Wirtschaft erschwere. Es seien hier nicht die Gründe untersucht, die diesen Versuch zum Scheitern brachten, und es wäre kindisch, an-

gesichts einer geschichtlichen Tragödie von solchen Ausmaßen die Frage nach der „Schuld" an der russischen Katastrophe stellen zu wollen. Tatsache ist, daß die Bolschewiki die sozialistischen Maßnahmen, eine um die andere rückgängig gemacht haben, daß sie vor den Wünschen des seinen sozialen Tendenzen nach kleinbürgerlichen Bauerntums kapituliert, den freien Handel legalisiert, kapitalistische Industriebetriebe konzessioniert haben. Unter bolschewistischer Herrschaft entsteht in Rußland ein neuer Kapitalismus, bildet sich eine neue Bourgeoisie. Die bolschewistische Regierung fördert bewußt diese Entwicklung, und daß sie nicht bereits noch offener in Erscheinung getreten ist, daß noch immer viele Arbeiter ihre Bedeutung übersehen können, ist lediglich den fürchterlichen Zuständen geschuldet, in denen gegen die sie in Rußland sich durchsetzen muß. Daß die Bolschewiki in Genua und im Haag die Forderungen des Ententekapitals mit scheinbar stolzer Geste ablehnen konnten, liegt es nicht daran, daß auch die Annahme dieser Forderungen gegen das namenlose russische Elend, nichts hätte ausrichten können, daß für das völlig verarmte Land ein Außenhandel in großem Umfang heute nicht in Frage kommen kann, und daß die kapitalistische Welt ihnen die bitter notwendigen Kredite doch nicht gewährt hätte? Wenn die Bolschewiki heute noch die Möglichkeit haben, mit sozialistischer Phraseologie aufzutreten, so deshalb, weil die russischen Bauern sie auf dem eingeschlagenen Wege zum Kapitalismus jetzt nicht vorwärts zu drängen vermögen, weil sie apathisch und ohnmächtig sind, von der Hungersnot geschlagen.

Die Diktatur, die diese Regierung der neuen kapitalistischen Entwicklung heute ausübt, übt sie aus zum Schutze dieser Entwicklung. Ihr Terror, der heute in erster Linie Parteien der Arbeiterschaft trifft, zerstört heute die Bestrebungen der Arbeiterschaft, sich zum Schutze vor der Ausbeutung durch diesen neuen Kapitalismus zusammenzuschließen. Konnten die Bolschewiki, als sie vor drei Jahren die Sozialrevolutionäre verhafteten, sagen, daß ihr Terror ein revolutionärer sei, so trägt er heute deutlich einen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Charakter. Die bolschewistische Regierung von heute ist — bei gleichen Personen — eine völlig andere geworden, als sie es vor drei Jahren war. Die Bolschewisten von heute, die mit kapitalistischen Ländern Verträge schließen, die den Industriekönigen nachlaufen, mit der Bitte, doch auch in Rußland Arbeiter ausbeuten, Konzessionen nehmen zu wollen, sie haben nicht das Recht, Taten zu bestrafen, die — verfehlt, aber in ehrlichem revolutionärem Wollen — gegen die Bolschewiki von damals verübt wurden. Nach drei Jahren solcher Wandlung ist das Moskauer Urteil keine notwendige Schutzmaßnahme, sondern ein verlogenes Theater, das die russischen Arbeiter mit revolutionären Phrasen und einem Wust von Verleumdungen von der Kritik der kapitalistischen Regierungspolitik abzulenken soll, eine Tat der Rache an gefürchteten politischen Gegnern; ein Akt des Terrors gegen eine Partei, die bereit wäre, den russischen Arbeitern, die gegen den neuen Kapitalismus zum Klassenkampf sich neu formieren müssen, einen organisatorischen Rahmen zu bieten; ein Stück des Aufbaus des neuen Kapitalismus und der Knebelung der russischen Arbeiter selbst.

Verlogen wie der Prozeß selbst, verlogen und erbärmlich ist sein politischer Inhalt. „Verlogen und erbärmlich" wird das Urteil lauten, daß die Geschichte über dieses traurigste Kapitel der russischen Tragödie sprechen wird.

Die Bestätigung des Urteils

(S.R.) Riga, 9. August. Der Beschluß des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees hat folgenden Inhalt: Im Falle der zur höchsten Strafe verurteilten Angeklagten gilt das Urteil als bedingt bis zum Verzicht der Verurteilten auf den Kampf gegen die Sowjetmacht. Die bedingte Verurteilung hat den Wert einer Garantie. Die Angeklagten Semjonoff und Konoplewa (Die Lockspitzel! D. Red. d. Fr.) werden von der Strafe befreit.

Verhaftung der Frauen der Angeklagten

(S.R.) Helsingfors, 9. August. Die Frauen der angeklagten Sozialrevolutionäre Lichatsch, Herstein, Lieberow und anderer sind verhaftet und auf dem Etappenwege in unbekannter Richtung aus Moskau deportiert worden.

Das Schlußwort Timojejews.

In der Abendsitzung vom 31. Juli kam das Mitglied des Zentralkomitees der S.-R., Timojejew, zu seinem Schlußwort, in dem er u. a. ausführte: „Alle Angaben Semjonoffs und der Konoplewa über angebliche Verträge mit den Alliierten in Kiew und Moskau sind nichts weiter als Phantastereien, die von den beiden ersonnen worden sind, um ihren „Enthüllungen" ein größeres Gewicht zu verleihen. Sofort nach der Beendigung des Weltkrieges ist die Sozialrevolutionäre Partei gegen die ausländische Einmischung aufgetreten und diese Haltung ist vom 9. Parteikongreß gutgeheißen worden. Während des Kampfes um die Macht protestierten wir im Auslande gegen die Anerkennung der Sowjetregierung, als aber die Macht de facto in Eure Hände geraten war, stimmte die Sozialrevolutionäre Partei der Anerkennung der Sowjetregierung nicht nur de facto, sondern auch de jure zu. Vergeßt aber eines nicht: Wie wir früher keine gemeinsame Wege mit Euch hatten, so werden wir sie auch in Zukunft nie haben. Wir bleiben dieselben, die wir waren.

Sinowjew gegen politische Zugeständnisse

OE. (Drahtbericht) Moskau, 11 August. In seinem Referat auf der allrussischen Konferenz der RKP. erklärte Sinowjew, politische Zugeständnisse seien von der Sowjetregierung in keinem Falle zu erwarten. Das Fundament des Sowjetstaates — die Russische Kommunistische Partei — stehe unerschüttert und unzersplittert da. Dennoch sei die neue Wirtschaftspolitik mit großen Gefahren verknüpft und es lasse sich nicht leugnen, daß eine Konsolidierung gewisser antisowjetistischer Molekularkräfte (!) zu beobachten sei, und zwar in Formen, die von der neuen Wirtschaftspolitik nicht möglich gewesen wären. Diese Kräfte versuchen die „legalen Möglichkeiten" des jetzigen Sowjetregimes auszunutzen. Sinowjew betonte, daß der kriegerische Kommunismus seinen Vormarsch nur auf dem Gebiete der Wirtschaft eingestellt habe, daß aber der politische Vormarsch, wenn auch nach neuen Methoden, fortgesetzt werden würde. Vorläufig seien die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten innerhalb Sowjetrußlands in politischer Hinsicht noch nicht liquidiert. Die nächste Aufgabe der Partei müsse diese politische Liquidation ihrer Gegner sein.

Unruhen in Petersburg.

OE. (Drahtbericht) Terijoki, 11 August. In Petersburg ist eine sich verstärkende Streikbewegung im Gange und, wie der Korrespondent des „Ost-Expreß" erfährt, ist es unter den zahlreichen Arbeitslosen zu Unruhen gekommen. Die Petersburger Presse fordert die Arbeiter auf, der Agitation gegen die Sowjetregierung kein Gehör zu schenken.

Die sozialistischen Studenten gegen Moskau

(WTB.) Salzburg, 10. August. Seit dem 6. d. M. tagt hier eine Konferenz sozialistischer Studenten, wozu Teilnehmer aus Deutschland, Frankreich, England, Bulgarien der Tschechoslowakei und Oesterreich eingetroffen sind. Bisher wurde hauptsächlich über den Stand der sozialistischen Studentenbewegung in den einzelnen Ländern berichtet. Nach Moskau wurde ein Telegramm abgeschickt, worin gegen die Todesurteile gegen die russischen Sozialrevolutionäre protestiert wird.

Zur Verhaftung Fechenbachs

(SPD.) München, 11. August. Zur Meldung aus Halle (Saale), wonach der frühere Sekretär Kurt Eisners, Felix Fechenbach, verhaftet wurde, erfahren die Münchener Neuesten Nachrichten von zuständiger Seite, daß der Haftbefehl von der Staatsanwaltschaft am Volksgericht München I wegen dringenden Verdachts des Landesverrats erlassen ist. Im Interesse der Untersuchung könnten nähere Angaben noch nicht gemacht werden.

Neue Einzelheiten zum Rathenau-Mord

Mit welcher Sicherheit die Täter nach der Ermordung des Reichsministers Rathenau auftraten und sich sogar ihrer Tat rühmten, zeigt ihr Verhalten gegenüber dem mitbeschuldigten Garagenbesitzer Schütt. Sofort nach dem Morde fuhren alle drei Täter mit dem Auto in die Garage zurück. Hier sagten sie dem Schütt, der von der Verwendung des Autos bis dahin keine Ahnung gehabt haben will, als sie ihn auf dem Hof begegneten, ganz offen: „Soeben haben wir den Rathenau erschossen." Schütt soll ganz fassungslos und bestürzt gewesen sein, um so mehr, als die Täter hinzufügten, wenn er ein Wort darüber verlauten lasse, gehe es ihm ans Leben; Verräter würden um die Ecke gebracht. Am Abend erschien der Bruder Techows bei Schütt und sagte ihm, es seien die in den Zeitungen schon beschriebenen gelben Automützen im Auto vergessen worden; er müsse sie verbrennen. Gleichzeitig wurde Schütt wieder mit Erschießen bedroht, wenn er den Befehl nicht ausführen sollte und nicht Stillschweigen beobachte. Schütt beriet sich mit seinem Geschäftsteilhaber Diestel, ob sie die Sache anzeigen oder den Befehl ausführen sollten. Lediglich aus Furcht vor der angedrohten Rache wollen sie zu dem Entschluß gekommen sein, stillzuschweigen und die Mützen zu beseitigen. Zufälligerweise hatte eine Frau, die im Hause wohnt, von ihrem Fenster aus das Gespräch des Techow mit Schütt angehört. Sie ging Schütt nach und überraschte ihn, als er die Mützen in einem Ofen der Garage zu verbrennen suchte. Auf die Frage, was er da tue, sagte Schütt: „Das sind die Mützen der Mörder Rathenaus. Ich muß sie verbrennen. Keiner darf ein Wort verraten, sonst ist es um unser aller Leben geschehen. Die Geheimorganisation hat überall ihre Aufpasser." Die Frau ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern machte der Polizei sofort Anzeige. So kam es, daß die Kriminalpolizei schon am Sonnabend wußte, wo das Auto sich befinde. Sie schritt aber noch nicht ein, weil der jüngere Techow auch gesagt hatte, daß das Auto am Dienstag abgeholt werden würde. Es bestand daher die Möglichkeit, daß man bei dieser Gelegenheit die Täter oder Helfershelfer derselben abfassen würde. Als die Täter aber wohlweislich am Dienstag das Auto nicht abholten, wurde schon an demselben Tage mit der Verhaftung von Mitbeteiligten begonnen. Schütt und Diestel wurden wegen Beihilfe in Haft genommen, doch wird wohl gegen sie die Anklage vor dem Staatsgerichtshof nur auf Begünstigung der Tat lauten.

Neue Verhaftung zum Rathenaumord.

(WTB.) Frankfurt a. M., 11. August. Wie der Frankfurter Polizeibericht meldet, ist der wegen Teilnahme an den Vorbereitungen zum Morde an Rathenau gesuchte Ernst von Salomon hier von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

Verständigung zwischen Reichsregierung und Bayern

(DA.) Berlin, 11. August. Heute morgen haben in einer kurzen Schlußsitzung die Vertreter der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die letzte Formulierung für das Ergebnis der Einigungsverhandlungen gefunden. Der Konflikt der Reichsregierung mit Bayern ist dadurch beigelegt und eine völlige Einigung erzielt. Das Protokoll über die Verhandlungen ist abgeschlossen und vom Reichskanzler Dr. Wirth und vom bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld unterzeichnet worden. Die bayerische Delegation ist bereits heute vormittag um 10 Uhr nach München abgereist und wird die Vereinbarung dem bayerischen Ministerrat vorlegen. Das Protokoll ist, wie die „Dena" erfährt, sehr umfangreich. Es enthält zunächst eine Erklärung der bayerischen Regierung, daß die bayerische Sonderverordnung aufgehoben werden wird. Danach folgen Erklärungen der Reichsregierung zu den drei Gesetzen zum Schutz der Republik, Beamten-Disziplinargesetz und Reichskriminalpolizeigesetz. Materiell bleiben diese Gesetze vollkommen aufrechterhalten und ihr Inhalt unverändert. Die Reichsregierung hat jedoch bezüglich der Ausführungsbestimmungen Zusicherungen gegeben, durch die jede Befürchtung über eine Bedrohung der Staatshoheit der Bundesstaaten beseitigt wird. Sie ist den Wünschen der bayerischen Regierung soweit entgegengekommen als es möglich war, ohne den Inhalt der Gesetze und die Autorität der Reichsregierung zu verletzen. Zum Schluß enthält das Protokoll noch eine Erklärung der Reichsregierung zur Frage der bundesstaatlichen Oberhoheit. Durch dieses Protokoll ist die Rechtseinheit des Reiches, die durch die bayerische Verordnung gefährdet war, wieder vollkommen hergestellt.

Her mit den Beweisen

Das Berliner Kommunistenorgan beantwortet unsere Gegenüberstellung des Teeabends bei Tschitscherin mit der Behandlung der Sozialrevolutionäre im Moskauer Prozeß mit läppischen Angriffen auch gegen andre Genossen unserer Partei. Wir hätten den Verkauf alles Silbers und Porzellans, das noch von der Zarenzeit her in der russischen Botschaft sich befinde und dergleichen mehr, verlangt. Ist die Redaktion der „Roten Fahne" wirklich so dumm, um nicht zu erraten, daß wir mit unsrer Notiz nur die Doppelzüngigkeit der kommunistischen Politik kennzeichnen wollten, die außerhalb Rußlands das gerade Gegenteil von dem tut, was sie in Rußland und in der Phrase als „Wesen der kommunistischen Politik" vorgibt?

Was uns jedoch veranlaßt, überhaupt dem Kommunistenblatt zu antworten, ist folgender Absatz in der Notiz der „Roten Fahne":

„Die Zentrale der USP. soll diesen Unfug einstellen, sonst müssen wir Beweise bringen, daß sie vor nicht allzulanger Zeit weniger moralisch und dafür ein einnehmendes Wesen bekundete."

Was soll diese hundsgemeine Anspielung auf unsere Parteileitung. Haben die Kommunisten Beweise dafür, dann heraus damit, aber so schnell wie möglich. Ja, wir fordern hiermit öffentlich von der „Roten Fahne" mit ihren „Beweisen" herauszurücken. Geschieht das nicht, so werden wir diesen Burschen von anderer Stelle Gelegenheit geben, endlich die Folgen ihrer leichtfertigen Verleumdungen zu überlegen.

USP.-Vertreter beim Reichskanzler

Auf Grund eingehender Informationen durch die Landtagsfraktion und Bezirksleitung unserer Partei in Bayern hatten in Vertretung der Zentralleitung der USP. die Genossen Ledebour und Mathilde Wurm am Freitag vormittag eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Im Einverständnis mit unseren bayerischen Genossen betonten sie, die Regierung müsse allen Versuchen, das Verhältnis Bayerns zum Reich zu lockern, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Nur Festigkeit gegenüber der partikularistischen Reaktion könne deren Abbröckelungsbemühungen zuschanden machen.

Im Zusammenhang damit wurde von unseren Vertretern auch die katastrophale Teuerung zur Sprache gebracht, unter der die Lohn- und Gehaltsempfänger, besonders auch die unglücklichen Sozialrentner schwer zu leiden haben. Es müsse sofort zur Hilfe der Not der am schwersten Betroffenen eingegriffen werden. Dabei sei zu erwägen, ob nicht umfassendere Maßregeln zur Stabilisierung der Valuta eine Zusammenberufung des Reichstags erforderlich machen würden.

Sozialistische Jugend gegen die Todesurteile

Die Generalversammlung der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Berlin, die am Donnerstag, dem 10. August, tagte, nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Generalversammlung der SPJ. Groß-Berlin hat mit Abscheu und Entrüstung Kenntnis genommen von dem Urteil, das über die wegen politischer Vergehen angeklagten Sozialrevolutionäre gefällt worden ist. Die SPJ. ist sich dessen bewußt, daß dieses Urteil mit Rechtsprechung nichts gemein hat und von der sozialistischen Sittlichkeit weitenweit entfernt ist. Sie fordert alle wahrhaften Sozialisten und insbesondere die kommunistischen Genossen, die sich noch eine Spur von proletarischem Empfinden gewahrt haben, auf, daß sie mit aller Kraft gegen den Ungeist kämpfen, der aus diesem Schandurteil spricht."

Für die Einheitsfront

Am Dienstag, dem 8. August, fand in Tilsit eine außerordentliche Mitgliederversammlung unserer Partei statt, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigung mit der SPD. beschäftigte. Genosse Fiebiger-Königsberg referierte über dieses Thema und sprach sich in zustimmendem Sinne aus. Nach längerer Diskussion wurde die nachfolgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die am Dienstag, dem 8. August, tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der USPD. erklärt sich nach dem Referat des Genossen Fiebiger mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien einverstanden. Sie hofft, daß durch dieselbe der Weg zur endgültigen Vereinigung der beiden ausschlaggebenden Arbeiterparteien freigelegt ist und erwartet von der Parteileitung der USPD., daß sie alles unternimmt, um diese Vereinigung zu fördern."

Ein neues republikanisches Abendblatt in Berlin

Ein großes republikanisches Abendblatt wird von Sonnabend Abend ab in Berlin erscheinen. Die Zeitung hat eine große Zahl hervorragender wirtschaftlicher, politischer und literarischer Mitarbeiter gewonnen und wird in seiner Richtung entschieden republikanisch sein, ohne sich jedoch an das Progamm oder die Dogmen irgendeiner der Linksparteien zu binden. Die Schriftleitung hat der bisherige Mitarbeiter der „Berliner Volks-Zeitung" Karl v. Ossiecczky übernommen. Das Blatt erscheint unter dem Titel „Die Welt am Abend".

Die Krise der deutschnationalen Partei

Daß die Deutschnationalen keine einheitliche Partei mehr sind, tritt nun schon offen zutage. Die „Deutsche Zeitung" meldet: Noch vor dem Herbstzusammentritt des Reichstages soll ein deutschnationaler Parteitag einberufen werden, um die schwebenden Streitfragen innerhalb der Partei zu schlichten. Nach dem „Tageblatt" wird dieser Parteitag in erster Linie der deutschvölkischen Frage gewidmet sein.

Lebensmittelsendungen aus Amerika unterwegs

(DA.) Berlin, 11. August. Die große amerikanische Schlachterfirma Morris & Co. hat durch ihre Berliner und Hamburger Vertretung einen Abschluß über 10 Millionen Pfund amerikanischer Lebensmittel für Deutschland gemacht. Der Wert der Waren, von denen ein Teil bereits nach Deutschland unterwegs ist, beläuft sich auf 1 750 000 Dollars, das sind zurzeit mehr als eine Milliarde Mark.

Die gestrige Verfassungsfeier

Während gestern in den Werkstätten und Kontoren und überall auf dem weiten, flachen Lande die arbeitende Bevölkerung der deutschen Republik ihrer mühevollen und sorgenreichen Tätigkeit nachging, feierte die junge, deutsche Republik den 3. Jahrestag ihrer Verfassung. Von den öffentlichen Gebäuden wehten zwar die republikanischen Farben, aber — aussprechen, was ist — von einer hinreißenden inneren Anteilnahme der Bevölkerung war herzlich wenig zu merken. Soweit nicht ein geringer Teil des Volkes der Republik aus politischer Gegnerschaft direkt feindlich gegenübersteht, dürfte auch unter den Freunden und Schützern der republikanischen Verfassung, d. h. hauptsächlich der deutschen Arbeiterschaft, nicht so recht der innere Kontakt mit den politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen der Republik zu finden sein.

„Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand —", diese aus dem „Deutschlandliede" vom badischen Staatspräsidenten Hummel im Reichstage zitierten Worte werden kaum ein lebhaftes Echo in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung der deutschen Republik finden. Nicht, daß sie dem an sich richtigen Sinn dieser Worte Hoffmanns v. Fallersleben ablehnend gegenübersteht. Aber alles zu seiner Zeit! In jenen Tagen deutscher Vergangenheit, da Hoffmann v. Fallersleben mit aller Leidenschaft gegen den Partikularismus und für die Reichseinheit kämpfte, war das Deutschlandlied eine revolutionäre Tat. Der Dichter hat damals gewiß nicht geahnt, daß der Refrain seines Liedes „Deutschland über alles, über alles in der Welt!" dem deutschen Imperialismus als poetische Verbrämung jener infamen Weltpolitik dienen sollte, die das deutsche Volk in den Strudel des Weltkrieges riß.

Reichspräsident Ebert hat gestern vor und nach der Verfassungsfeier im Reichstage unter den Klängen des „Deutschlandliedes" die Front der Ehrenkompagnie abgeschritten. In seiner Festrede hat Staatspräsident Hummel sehr scharfe Töne gegen den heute noch immer herrschenden Partikularismus angeschlagen, der namentlich in Bayern seine Orgien feiert. Ueber den nunmehr „beigelegten" Konflikt mit Bayern werden wir an anderer Stelle berichten. Gewiß hat der Redner auch manches treffliche Wort über Demokratie gesprochen, die sich weniger die deutsche Arbeiterschaft als in der Hauptsache das deutsche Bürgertum zu Gemüte führen möge. Aber wir bezweifeln, daß der Reichspräsident eine glückliche Hand gehabt hat, als er durch seinen Aufruf, um mit den Worten eines Berliner Mittagsblattes zu reden, das „Deutschlandlied" aus der „heimatlichen und parteipolitischen Isolierung" befreien wollte. Das Deutschlandlied ist zu sehr Symbol des deutschen Imperialismus geworden, als daß weite Schichten der deutschen Bevölkerung und namentlich die Arbeiterschaft freudig einstimmen könnten.

Es kommt nicht auf die Worte, sondern auf den Sinn an. Als nach der Festrede im Reichstage das Lied stehend gesungen wurde, da haben, im Angesicht der anwesenden Vertreter der fremden Regierungen, wohl die meisten der Angehörigen des Bürgertumes jenen Sinn des Hochmuts untergelegt, der von der Arbeiterschaft immer abgelehnt wurde: Deutschland über alles, über alles in der Welt! Das einzigste, was durch die Erklärung des Deutschlandsliedes zur neuen Nationalhymne erreicht werden dürfte, wird eine nationalistische Welle sein, die durchaus nicht im Interesse der Reichsregierung und der Republik liegen dürfte.

„Einigkeit und Recht und Freiheit!" —
Siehe Rathenaumord und Bayernkonflikt.

Während die Teilnehmer an der Verfassungsfeier mit dem Reichspräsidenten den Reichstag verließen, der durch seinen Aufruf das „Deutschlandlied" aus seiner „parteipolitischen Isolierung" befreien wollte, marschierte die Ehrenkompagnie heimwärts.

Hoch zu Roß der Herr Hauptmann, ordengeschmückt, und im Stahlhelm die meist blutjungen Mannschaften, in strammem Gleichschritt und in Reih und Glied. Und schmetternd intonierte die Kapelle an der Spitze, daß es über den Königsplatz klang und an den Steinquadern des Reichstages, in dem eben die Manifestation für die Republik ihren Abschluß fand, verebbte:

„Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt" —

Ach, wir wollen keinen Mißton in diesen „würdevollen Ausklang" der republikanischen Feier bringen. Eine belanglose Aeußerlichkeit nur, gewiß, gewiß.

Aber man konnte doch so manche sehen, die sich pfiffig lächelnd anblinzelten. Wer wollte ihnen das Recht dazu bestreiten —.

Ein Symbol. Niemand kann aber der Arbeiterschaft, den treuesten Söhnen der Republik, verübeln, daß sie den Glauben an eine Neuordnung unter den gegebenen Umständen nicht finden können.

Nein, dieser Tag hat nicht die innere Anteilnahme des deutschen Proletariats gefunden. Gewiß, es ist bereit, aus Gründen, die oft genug von uns dargelegt wurden, auch diese Verfassung zu schützen.

Aber die deutschen Arbeiter kennen und das wollen wir heute wiederum ins Land hinausrufen, nur **einen Feiertag, den 9. November.**

Mögen alle die bedenken, die gestern den Geburtstag der Verfassung feierten, daß ohne den 9. November des deutschen Proletariats keine republikanische Verfassung möglich gewesen wäre. Und mag man ihm tausendmal die Erklärung dieses Tages zum Nationalfeiertag verweigern, es bleibt trotzdem wahr:

Nur der 9. November ist der Tag, den die deutschen Arbeiter als Gedenktag einer neuen Ordnung freudig bejahend feiern werden.

Die Verfassungsfeier im Reichstag

Schon in den ersten Vormittagsstunden hatte eine große Menge Schaulustiger die Anfahrtsstraßen zum Reichstag und die Anlagen am Bismarck-Denkmal besetzt, um Zeuge des militärischen Schauspiels und der Auffahrt der Minister und des Reichspräsidenten zu sein. Ein großes Aufgebot von Schutzpolizeibeamten hatte die notwendigen Absperrungen vorgenommen und hielt den Platz unterhalb der Freitreppe, wo die Ehrenkompagnie Aufstellung nehmen sollte, frei. Hier waren zu beiden Seiten des untersten Treppenabsatzes zwei große weiße Flaggenmasten errichtet, an denen große schwarz-rot-goldene Fahnen herabhingen. Die Freitreppe selbst war mit Lorbeerbäumen reich geschmückt. Um ½12 Uhr marschierte die verstärkte Ehrenkompagnie an und nahm zwischen Bismarck-Denkmal und Rampe Aufstellung. Die Kompagnie setzte sich

aus Truppenteilen fast aller deutschen Bundesstaaten

zusammen. In Vertretung des Reichswehrministers Dr. Geßler war der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt anwesend. Gleich darauf begann die Anfahrt der Reichsminister an der großen Rampe. Die Minister versammelten sich auf der Freitreppe, um hier den Reichspräsidenten zu erwarten. Fünf Minuten vor 12 Uhr fuhr dann Reichskanzler Dr. Wirth in Begleitung des Staatssekretärs Haemmer an der Ecke der Simonstraße und Rampenauffahrt vor und wurde hier von dem Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann begrüßt. Punkt 12 Uhr erfolgte die Ankunft des Reichspräsidenten, dessen Kraftwagen die Präsidentenstandarte trug. Er wurde am Fuße der Rampe vom Reichskanzler und von General v. Seeckt begrüßt. Die Spielleute der Ehrenkompagnie setzten mit dem Präsentiermarsch ein, während die Musik „Deutschland, Deutschland über alles" intonierte. Gefolgt von dem Reichskanzler, General v. Seeckt und dem Stadtkommandanten schritt dann der Reichspräsident

die Front der Ehrenkompagnie

ab und begab sich dann zur großen Freitreppe, wo er die versammelten Minister begrüßte. Mit dem Reichspräsidenten an der Spitze betraten dann die Minister den Reichstag. Die Ehrenkompagnie machte Kehrt und nahm als symbolische Ehrung die Front nach der auf dem Königsplatz versammelten Menschenmenge. Die Musik nahm unmittelbar am Bismarck-Denkmal Aufstellung und veranlaßte hier ein Platzkonzert.

Im Reichstag.

Im großen Sitzungssaal des Reichstages versammelten sich um 12 Uhr mittags Vertreter und Beamte der Reichs- und Staatsbehörden, des Reichsrates, des Staatsrates, des Reichswirtschaftsrates und der Parlamente zu einer gemeinsamen Feier. Der Plenarsitzungssaal hatte eine schlichte Ausschmückung erfahren. An der Empore zogen sich Girlanden aus Eichenlaub und Draperien in Reichsfarben entlang. Vom Mittel- und Seitenbalkon hingen die Wappen der Länder und der Hansastädte herab. An der Wand über dem Präsidium war ein großer Reichsadler angebracht, und darunter las man die Worte: „Einigkeit und Recht und Freiheit".

Der Reichspräsident Ebert nahm in Begleitung der Minister Dr. Köster, des preußischen Justizministers Am Zehnhoff, des Staatssekretärs Göhre, der den preußischen Ministerpräsidenten vertrat, in der früheren Hofloge Platz. Zur Rechten des Reichspräsidenten saß der Vater der Verfassung, Professor Dr. Preuß. Die Feier wurde mit Beethovens „Egmont-Ouvertüre" eingeleitet, vorgetragen vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Leo Blech von der Staatsoper.

Dann ergriff der badische Staatspräsident Hummel das Wort zur Festrede.

Die Versammlung stimmte in das von dem Redner ausgebrachte Hoch ein und sang dann stehend das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles".

Mit dem Vortrag der „Meistersinger von Nürnberg" durch das Philharmonische Orchester fand die Feier ihren Abschluß.

Die Abfahrt des Reichspräsidenten und der Minister erfolgte wieder von der großen Rampe aus. Als der Reichspräsident durch das Portal 1 die Freitreppe betrat, intonierte die Musik der Ehrenkompagnie „Deutschland, Deutschland über alles" und die Truppen salutierten. Bei der Abfahrt durch die Simsonstraße wurden dem Reichspräsidenten von der versammelten Menge stürmische Ovationen dargebracht.

Die Feier im Staatstheater

Zum Abend um 8 Uhr hatte der Reichspräsident Einladungen zu einer künstlerischen Feier im Staatstheater ergehen lassen. Die Feier wurde mit den von der Schauspielerin Gerda Müller vor einem riesigen schwarz-rot-gold umrahmten Reichsadler gesprochenen Worten der Pythia aus Gerhart Hauptmanns Festspiel 1913 eröffnet. Das Philharmonische Orchester unter der Leitung von Fritz Busch spielte das Andante aus der C-moll-Symphonie, worauf die Worte der Athene-Deutschland aus Gerhart Hauptmanns Festspiel, gesprochen von Charlotte Schultz, folgten. Beethovens fünfte Symphonie schloß die Feier.

Im Lustgarten

Dem Rufe des Republikanischen Kartells zu einer Verfassungsfeier unterm freien Himmel im Lustgarten mit anschließendem Fackelzug haben ungezählte Tausende von Berlinern Folge geleistet. Teilweise kamen Züge mit Musikkapellen am Versammlungsorte an. Etwa zehn Redner sprachen zu der Menge. Sie schilderten die Verfassungskämpfe des Jahres 1848, um dann ein Bild der Ereignisse seit 1914 zu geben. Ihre Bekenntnisse zur Republik lösten brausenden Beifall aus.

Vor dem Staatstheater

Tausende von Fackeln flammten auf und in der ganzen Breite der Straße Unter den Linden zogen die Demonstranten zum Platz vor dem Staatstheater. Die breite Treppe und der innere Platz des Gendarmenmarktes waren von Fackelträgern ausgefüllt. Die vielen roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, das Flammenmeer der Fackeln, boten einen feierlich-imposanten Anblick. Unter Absingen des Liedes: „Mit uns zieht die neue Zeit" kam ein unübersehbarer Zug der Sozialistischen und Republikanischen Jugend heran. Ueber dem Schillerdenkmal wehte eine leuchtende rote Fahne.

Nach der Rezitation eines Gedichtes von Fritz v. Unruh an die Republik und ihre Jugend, vorgetragen von dem Schauspieler George, sprach der Reichspräsident zu der Menge. Er feierte die Geburtsstunde und feierte den Schutz der Verfassung. Reichskanzler Dr. Wirth sprach im Geiste der Völkerversöhnung und für soziale Gerechtigkeit. Er gedachte des ermordeten Ministers Rathenau. Warme Worte richtete er an die republikanische Jugend.

Auf Wunsch des Reichspräsidenten sangen die Demonstranten den dritten Vers des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles". Machtvoll klang dann, angestimmt von der Sozialistischen Jugend, die „Internationale" empor. Die wuchtigen Klänge dieses Liedes pflanzten sich in die anschließenden Straßenzüge fort. Alsdann teilten sich die Züge, um im Lustgarten die Fackeln zusammenzuwerfen.

Zu Zwischenfällen kam es während der Demonstration nicht, obwohl deutschnationale Jünglinge provozierend mit ihren Abzeichen rottenweise auftraten.

Die Feier der republikanischen Jugend

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain beging die republikanische Jugend Berlins unter starker Beteiligung der Genossen beider sozialistischer Parteien und demokratisch-republikanisch gesinnter Mitbürger ihre Verfassungsfeier.

Eingeleitet wurde die Feier mit dem Gesang des Männerchors. Die wunderbare reine, klangschöne Wiedergabe der „Bundeshymne" und die feierlichen Klänge des „Weltenfriede", der an Stelle des verhinderten Alfred Beierle von einem Jugendgenossen der SPD. gesprochene Prolog Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold" begeisterte die Versammlung der Jungen.

Dann folgten die Ansprachen. Mit eindrucksvollen, zündenden Worten rief Frau Bohm-Schuch die republikanische Jugend auf, in sich den klaren und eisernen Willen zum Frieden und zur Vorwärtsentwicklung der vor drei Jahren in Weimar geschaffenen Republik in sich wachsen zu lassen. Uns, der Arbeiterschaft, bedeute die Republik mehr als eine Tatsache, mit der man sich abfinde. Die Republik, die aus der Not eines Volkes erwachsen ist, so groß, so allumfassend, so alles hinwegnehmend, was alt war, sie ist unser. Die demokratische Verfassung, sie bedeutet nicht das Ziel, nicht die Vollendung unserer Sehnsucht, aber der Anfang ist da, auf dem wir unser stolzes Gebäude der Zukunft errichten können. Eure Aufgabe, ihr Zukünftigen, ist es, aus der demokratischen Republik die sozialistische Republik zu gestalten.

Der demokratische Redner führte aus, daß trotz der Not der Zeit, trotz innen- und außerpolitischer schwieriger Lage die Jugend es sich nicht nehmen lasse, diesen Tag, an dem zum erstenmal das deutsche Volk sich zu einer politischen Tat aufgerafft hat, gemeinsam festlich zu begehen. Unsere Aufgabe ist die kulturelle Erneuerung des deutschen Volkes. Laßt uns junge Republikaner zusammenstehen und zusammenhalten bei festlichen Gelegenheiten und besonders dann, wenn es jemand wagen sollte, die Republik zu bedrohen, zu der wir bis zum letzten Atemzuge stehen.

Nochmals erfüllten Gesänge des Männerchors den Saal, worauf Rezitationen folgten. Der gemeinsame Gesang des Liedes: „Wann wir schreiten", beschloß die Feier.

Der Verfassungstag in München

Keine Beflaggung — Bayern feiert später

Das Achtuhr-Abendblatt meldet aus München: Aus Anlaß des Verfassungstages tragen heute sämtliche Reichsgebäude in Bayern Flaggenschmuck. Auch die städtischen Gebäude haben die Reichsfarben gesetzt. Dagegen ist von einer Beflaggung der bayerischen Staatsgebäude bisher nichts zu sehen. Eine Anordnung zur Beflaggung ist unseres Wissens auch nicht ergangen. Die Verfassungsfeiern finden erst am Sonnabend und Sonntag statt.

Deutsch-italienisches Abkommen

(EP.) **Rom, 11. August.** Ueber die Ausführungsbestimmungen des Abkommens über den Rückkauf der deutschen Güter in Italien erfährt die Agentur Volta folgende Einzelheiten: Die erste Rate von 135 Millionen Lire ist von der deutschen Regierung sofort nach der Ratifizierung des Vertrages zahlbar. Nach dieser Anzahlung wird ihr das entsprechende Mobiliar freigegeben. Der Gesamtbetrag ist innerhalb 8 Jahren zahlbar. Die italienische Regierung behält sich die Beschlagnahmung der Mobilien vor, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhalten sollte. Die Deutschen können die sofortige Freigabe ihrer Güter gegen eine entsprechende Hinterlegung verlangen, bis ihre Regierung bezahlt hat.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß gegen das Spa-Abkommen

(WTB.) **Frankfurt a. M., 11. August.** Der Ausschuß des Internationalen Bergarbeiterbundes nahm folgende Entschließung an:

„Der am 11. August in Frankfurt a. M. tagende internationale Bergarbeiterbund bestätigt die früheren auf Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezüglichen Beschlüsse der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ohne damit zu der allgemeinen Nachkriegspolitik Stellung zu nehmen. Er drückt angesichts der starken Unregelmäßigkeit auf dem Arbeitsmarkt, der schlechten Arbeitsbedingungen des Bergbaus in allen europäischen Ländern und der dadurch geschaffenen weitverbreiteten Not, besonders in Deutschland, die Ansicht aus, daß die auf die deutschen Kohlenlieferungen an die alliierten Regierungen bezüglichen Bestimmungen des Abkommens von Spaa in gewissem Grade für die gegenwärtige ernste Lage verantwortlich sind. Er beschließt, an die Reparationskommission das Ersuchen zu richten, eine Abordnung des internationalen Bergarbeiterbundes zu empfangen, zu dem Zweck eine Abänderung des Abkommens von Spaa zu erreichen und dadurch die heutige wirtschaftliche Lage im Kohlenbergbau zu erleichtern. Auch die beiden französischen Vertreter stimmten dieser Entschließung zu, nachdem der Ausschuß seine grundsätzliche Geneigtheit ausgesprochen hatte, Vorschläge zu machen, die an Stelle der ausfallenden Kohlenlieferungen andere Sachlieferungen setzen."

Der Kongreß nahm diese Resolution einstimmig unter Beifall an, nachdem der Engländer Frank Hodge dieselbe befürwortet hatte.

Der Streik ohne Ende

(EE.) **Washington, 11. August.** Präsident Harding richtete an die Eisenbahner einen neuen Appell, der sie zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert, doch scheint diesem Aufruf nicht Folge geleistet zu werden. Die Arbeiter befürchten, daß die angebotenen Vergleichsverhandlungen die Einheit der Gewerkschaften gefährden könnten. Weder die Arbeiter noch die Unternehmer wollen nachgeben. Für heute wurden die Gewerkschaften der Eisenbahner zusammenberufen, um über einen baldigen Sympathiestreik der noch bisher arbeitenden Angestellten zu beraten.

Kurzschluß-Unglück im Leunawerk. Wie die Magdeburgische Zeitung aus Leuna meldet, wurden durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung des Leuna-Werkes etwa 10 Arbeiter schwer verletzt. Einer von ihnen ist gestorben.

Druckfehlerberichtigung. — Im gestrigen Leitartikel des Genossen Levi ist im vorletzten Absatz durch einen Druckfehler vom „Schleim der Weimarer Verfassung" die Rede. Es muß natürlich heißen: „Aber der Kampf der gesellschaftlichen Schichten hinter dem Schleier der Weimarer Verfassung hat nicht aufgehört."

1 Dollar = 866 Mark

aller Küchensorgen ledig

ist die Hausfrau, die Gerichte mit
Makkaroni, Nudeln und Hörnle
bevorzugt. Teigwaren sind die bekömmlichste, nahrhafteste Speise, dabei um vieles billiger wie Fleisch und Gemüse. Teigwaren sind rasch zubereitet, daher willkommene Ersparnisse an Zeit und Gas.

Parteiveranstaltungen

USP.-Feuerwehr! Am Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16., nachmittags 4 Uhr, gemeinsamer Zahlabend aller Genossen in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8–9. Erscheinen aller ist Pflicht.

Sonnabend, den 12. August.

Neukölln-Britz. Material zur Mitgliederversammlung abholen von 6–7 Uhr im Parteibüro.

Sonntag, den 13. August.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Dienstag abend, pünktlich 6½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula, Pallasstr. 15. Die Bezirksführer sind verpflichtet, die Mitglieder einzuladen. Der wichtigen Tagesordnung halber ist Erscheinen dringend notwendig.

Schöneberg-Friedenau. Im Birkenwäldchen in Tempelhof, Manteuffelstraße findet unser diesjähriges Sommer- und Kinderfest statt, bestehend aus Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Verlosung, Volkstänzen. Die Festrede hält Genosse Zubeil. Im Saal ab 5 Uhr Tanz. Kaffeeküche ab 3½ Uhr geöffnet. Ausmarsch mit Musik vom Kaiser-Wilhelm-Platz 2 Uhr. Karten zu 3,60 Mark bei den Bezirksführern und an der Kasse. Um zahlreichen Besuch bittet das Komitee.

Montag, den 14. August.

4. Verwaltungsbezirk, 11., 12., 13. und 14. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Delegierten der Bildungskommission bei Willy Hoffmann, Lychener Str. 8. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt und Stralau. Abends 7 Uhr findet in dem Lokal von Koblenz, Boxhagener Str. 17, eine gemeinschaftliche engere Vorstandssitzung statt.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr, Rathaus, Sitzungszimmer 1, Fraktionssitzung der Bezirksamtsmitglieder, Bezirksverordneten, Bürgerdeputierten, kommunalen Kommission und Funktionären.

19. Distrikt (Kreuzberg), 3. Abteilung. Abrechnung abends 7½ Uhr bei Krüger, Grimmstr. 1. Alles alte Markenmaterial ist mitzubringen.

Dienstag, den 15. August

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel, Hermsdorf, Wittenau). Abends 7 Uhr Frauenkonferenz im Verwaltungsgebäude, Reinickendorf, Hauptstr. 46, Zimmer 60. Das Erscheinen der Genossinnen aller Abteilungen des Bezirks ist Pflicht.

Vereinskalender

Achtung Kriegsopfer! Am Dienstag, den 15. August, abends 7 Uhr, Fraktionssitzung der im J. B. organisierten Genossinnen und Genossen im Lokal Schulz, Elisabethstr. 30. Daselbst Ausgabe der Merkblätter über die Teuerungszuschüsse.

Montag, den 14. August.

Zentralverband der Angestellten, Angestellte der Zentralverwaltungen des Magistrats. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, „Neue Philharmonie", Köpenicker Str. 96–97, Philharmonie-Saal. Funktionäre treffen sich um 6 Uhr ebenda.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Bezirk Weißensee). Nachmittags 6½ Uhr, in der Schulaula, Wolf-Promenade, Bezirksversammlung.

Jugendbewegung

Sekretariat: Breite Str. 8/9. Montag, ½8 Uhr, bei Arthur Krämer, Neukölln, Weisestr. 12, vorn 1 Treppe, Sitzung der Zentrale. — Dienstag und Mittwoch Materialausgabe. Gruppen müssen unbedingt abrechnen. Fragebogen sind abzuliefern. — Donnerstag Zentralvorstandssitzung. Tagungsort wird noch bekanntgegeben.

Agitationsbezirke.

Nordosten: Montag, pünktlich ½8 Uhr, in der Christburger Str. 14, 3. Vortragsabend des Funktionärkursus. Thema: Die Entstehung und Entwicklung des Lebens. Sämtliche Teilnehmer müssen bestimmt und pünktlich erscheinen. Dienstag Uebungsabend des Gesangchors im Gesangsaal des Lyzeums, Greifswalder Str. 25, pünktlich 7 Uhr. — **Osten:** Mittwoch Generalversammlung des Bezirks im Jugendheim Lichtenberg, Dossestr. 22, pünktlich 7 Uhr. Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Gruppenveranstaltungen.

Nordosten: Veranstaltungen finden jetzt wieder pünktlich jeden Dienstag und Freitag im Heim, Christburger Str. 14, statt. Montag und Mittwoch Spielen im Friedrichshain; Dienstag Heimweihe; Freitag Eröffnungsfeier. Sonnabend Fahrt Oranienburg—Grabowsee. Treffpunkt ½7 Uhr Danziger Straße Ecke Prenzlauer Allee. Anmeldung bei Erich Blank. Fahrgeld 10 M. **Berlin-Mitte:** Mittwoch Spielen auf dem Exerzierplatz; Freitag Schule, Gipsstr. 23a, Vortrag: „Die Eiszeit". — **Prenzlauer Berg:** Sonnabend Nachttour nach Potsdam—Jungfernsee. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee, Eingang Greifenhagener Straße. Nachzügler Sonntag früh 5½ Uhr Schönhauser Allee und Bahnhof Schönhauser Allee. Montag und Mittwoch Spielen auf dem Exerzierplatz; Dienstag Uebungsabend für die Schulentlassungsfeier. Rollen mitbringen. Freitag Vortrag: Die sexuelle Frage. Referent: Genosse Ernst Cohn. Burschen und Mädels sind herzlichst dazu eingeladen. Heim: Schererbergstr. 7 (Kindergarten). — **Pankow:** Mittwoch Vortrag des Genossen Stein über „Was will die S. P. J.?" Freitag Vortrag über „Erste Hilfe" in Prenzlauer Berg. — **Petersburger Viertel:** Petersburger Str. 4 (Physikzimmer) Montag und Mittwoch Spielen im Friedrichshain; Dienstag: „Ist Christentum Sozialismus?" Freitag Funktionärsitzung beim Genossen Krause. Sonntag Tour. — **Köpenick:** Dienstag Mitgliederversammlung bei Pfingbeil, Grünauer Str. 60, 7 Uhr abends. — **Gesundbrunnen:** Mittwoch Funktionärsitzung bei Rönnger, Badstr. 19, um 8 Uhr; Dienstag Vortrag: Sexuelle Frage, Schule, Gotenburger Str. 2; Freitag Vortrag über „Griechische Dramen" Ledigenheim, Brunnenplatz. — **Moabit:** Mittwoch: „Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung". Freitag Spielen in der Jungfernheide. — **Schöneberg:** Montag Jugendheim, Rubensstraße, Unterhaltungsabend. Spiele sind mitzubringen. Dienstag Heim Rubensstraße, Spielabend. Die Funktionäre beteiligen sich vollzählig an der Funktionsbezirkssitzung. Mittwoch Besuch der Zahlabende, Treffpunkt 7 Uhr Kaiser-Wilhelm-Str. Freitag Jugendheim, Feurigstr. 35, 7 Uhr, Probeabend. — **Steglitz-Friedenau:** Heim Kniephof- Ecke Zedelstr. Montag Uebungsabend auf dem Sportplatz; Dienstag Funktionärkursus beim Genossen Wolfgang Martin; Mittwoch Uebungsabend (Generalprobe); Sonnabend Bunter Abend (Im Heim), Beginn ½8 Uhr. Sonntag Wanderung Zeltlager. Treffpunkt ½6 Uhr früh Bhf. Steglitz. — **Südosten:** Dienstag ½7 Uhr Bücherausgabe in der Expedition Sinner, Skalitzer Str. 101, ½8 Uhr, Schule, Glogauer Str. 12–16, Vortrag; Donnerstag Spielen in Treptow, Wiese 11. Treffpunkt ½7 Uhr Schlesisches Tor.

Soz.-Prol.-Jugend, Gruppe Süden. Sonntag, den 13. August, Wanderung Erkner—Maxsee. Treffpunkt ½5 Uhr morgens. — Dienstag, den 15. August, 7½ Uhr, Funktionärkonferenz beim Genossen Vogel, Mariannenstr. 17. Wichtige Tagesordnung. Mittwoch, den 16. August, 7 Uhr, Spielabend auf unserem Platze, Gollnower Straße Ecke Kirchhofstraße. — Freitag, den 17. August 7½ Uhr, Vortrag der Genossin Beck. Gruppenangelegenheiten, Verschiedenes.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Wanderung am 13. August: Michendorf-Linnewitz-See. Abfahrt 7.32 Uhr Charlottenburg. Mittwoch, den 16. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Arbeiterwanderbund „Naturfreunde". Fahrtenplan 12./13. August. Bezirkstreffahrt, Schwarzsee. Treffpunkt 5.15 Stett. Fernbhf., 5.30 Gesundbrunnen, Fernbhf. Sportfest Eberswalde. Treffpunkt 5.15, 8 Uhr Stett. Fernbhf., 5.30, 8.15 Gesundbrunnen, Fernbhf.

Freie Turnerschaft G. B.-Schöneberg. Von nächster Woche ab finden wieder die Turnstunden statt, und zwar: Männer und Frauen Dienstag und Freitag Kölnerstraße (Mittelschule); Schüler und Jugend Montag und Donnerstag Hohenzollernschule, Belziger Straße; Schülerinnen Montag und Donnerstag Eberstraße. Jeder Arbeiter und seine Kinder gehören in die Freie Turnerschaft und nicht in die deutschnationalen bürgerlichen Vereine. Leichtathletik und Fußball jeden Mittwoch und Sonntag Dominicusplatz.

Arbeiterturnerbund (Nordgruppe des 4. Bezirks). Sonntag, den 13. August, Gruppenfest in Lichtenrade. Beginn vorm. 8 Uhr; Hauptwettkämpfe nachm. 3 Uhr. Eintritt 5 M., Jugend 3 M.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: i. V.: Gustav Kainsch, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne nachm. 3 Uhr **Der Freischütz** 7½ Uhr **Carmen**

Deutsches Theater 7½ Uhr: Das Glas Wasser.

Kammerspiele 7½ Uhr Er ist an allem schuld. Die ewig lächelnde Frau

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Orpheus i. d. Unterwelt**

Theater in der Königgrätzer Str. 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus Tgl. 8 U. „Gretchen"

Berliner Theater 7.45 Uhr: **Madame Flirt**

Walhalla-Theater 7½ Uhr Er und seine Schwester

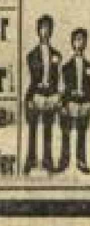
Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: **Residenz-Theater** **Fedora** **Trianon-Theater** **Femina**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

Theater des Ostens 5 Uhr: Konzert 7½ Uhr: So leben wir.

Kasino-Theater. Die Berliner Posse **Lämmelmanns Bummelfahrt.**

Theater am Kottbuser Tor



Jed. Abend 7½ Uhr: **Elite-Sänger** Volkspreise!

Vogonit Zuckme!

Verwendet zum Süßen von Kaffee, Kakao, Tee usw. Süßstoff!

1 Tablette genügt für eine Tasse

Süßstoff ist gut, billig und bekömmlich.

Schachteln mit 100 200 u. 300 Tabletten für M 1.– 1.80 2.–

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken

Meine Herren!

Einen wirklich guten Anzug

Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen

Große Auswahl

Gelegenheit der Bekleidungsindustrie

Alexandrinenstraße 116

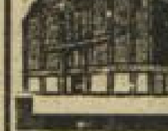
Hochb. Prinzenstr. – Fahrtvergütung.

Nur noch kleine Vorräte zu diesen billigen Preisen!

Mengenabgabe vorbehalten.

Baumwollstoffe, moderne Karos .... Mtr.	112⁵⁰
Voile, gute Ware, moderne Streifen ..... Mtr.	131⁵⁰
Damenstrümpfe, Ia Baumwolle ... Paar	32⁵⁰
Herrensocken, grau, starkfädig .... Paar	19⁵⁰
Damenhemden mit Hohlsaum	160⁰⁰
Büstenhalter aus festen Stoffen	48⁵⁰
Herren-Makohemden mit Einsatz	225⁰⁰
Herren-Steppbüte in vielen Farben	135⁰⁰

Das billige Kaufhaus des Nordens:



Julius Löwenberg & Swinemünder Str. 86

Metzner Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Kinderstühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.

Größte Auswahl Berlins.

Andreasstr. 23, Andreasplatz

Brunnenstr. 95, Haussteinstr. 67

Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 123

Spandau, Charlottenstr. 24a.

Trünouga

Konfitüren

Nur an Grossisten!

Eckardt & Neuschaefer

Fabrik u. Kontor: Berlin O 27

Krautstr. 4-5, Tel. Alex. 5257

Färberei Nord-West

reinigt u. färbt in 3–5 Tagen

Expreß in 24 Stunden.

Fabrik-Annahme Alt-Moabit 60

Telefon: Hansa 1075

Annahmestellen:

Schönh. Allee 176 Gotzkowskystr. 13

Augsburger Str. 32 Uhlandstr. 74

Suarezstr. 12 Küstriner Straße 22

Eisenacher Straße 89

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen

Den Kollegen zur Nachricht, dass folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Werkzeugmacher

Julius Bohlmann

Luisen-Ufer 32

am 8. d. M.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. August 1922, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes Hermannstraße aus statt.

Die Arbeiterin

Stephani Zivekiewicz

Lichtenberger Straße 20

am 7. d. M.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. August 1922, von der Leichenhalle des St. Pius-Kirchhofes in Wilhelmsberg Rölkestraße, aus statt.

Der Silberarbeiter

Paul Kabisch

Ebertystr. 30

am 8. d. M.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. August 1922 nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54

Linienstr. 83-85

Geschäftszeit

von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr

Telephon:

Amt Norden 833, 834, 835, 836

Dienstag, den 15. August 1922, abends 8 Uhr,

Wichtige Sitzung

der Branchenkommission der Mechaniker.

Landesfinanzamt Groß-Berlin Abteilung für Besitz- und Verkehrsteuern

Betrifft bargeldlose Steuerzahlung.

Den Weg zur Kasse, das Warten bei Andrang dort erspart sich, wer seine Steuern bargeldlos zahlt. Außerdem hat er die Gewähr, daß der Steuerbetrag an die zuständige Stelle gelangt. Jede Finanz- und Steuerkasse besitzt ein Postscheckkonto; außerdem sind die Finanzkassen dem Reichsbankgiroverkehr angeschlossen und besitzen meistens noch ein weiteres Bankkonto. Jeder, der ein Konto bei der Bank, Sparkasse oder dem Postscheckamt besitzt, bewirkt deshalb seine Zahlungen an die Finanz- und Steuerkassen am einfachsten, sichersten und billigsten durch Ueberweisung von seinem Konto. Wer kein Konto hat, zahle wenigstens mittels Zahlkarte. Wer so zahlt, hilft den Papierumlauf vermindern. Besondere Steuer-Zahlkartenformulare sind bei allen Postämtern erhältlich. Auch sind solche demnächst bei den Finanz- und Steuerkassen unentgeltlich zu erhalten.

Wer ein Zahlkartenformular benutzt, achte darauf, daß auf dem Abschnitt die Steuerart und das Zeichen seines Steuerbescheides vermerkt ist.

Berlin, den 1. August 1922.

Landesfinanzamt Groß-Berlin,

Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Platin-, Gold- u. Silberbruch

Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen

Roseneck, Berlin O.,

Schreinerstraße 32 (Laden)

1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fahrgeldverg. Gr. Absatzg. f. Händler.

Stocklaternen

mit Stock von 2 Mark an. Lampions billig. Papiermützen von 50 Pf. an. Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortiments 10, 15 bis 100 Mk. u. höher. Bengalfeuer.

A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße. 9–6 Uhr. Telephon: Dönhoff 2872.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das

Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus"

Engel-Ufer 25

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der echte Kapitän-Kautabak nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist). Verkaufsstellen durch Carl Bäcker, Brln., Lichtenberger Str. 23 (gel. 1861)

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung

Herren- Anzüge, Hosen, Paletots, Ulster | Damen- Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.

Gute Ware, solide Preise, — grosse Auswahl. —

M. Beiser, Lothringer Str. 67

Sämtl. Markenzigaretten, Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabak

Rudolph B. Hahn, Holzmarktstraße 2, Großhdg. f. Tabakw. (Jannowitzbrücke).

Altmetalle

zahlt hohe Preise, Oberbe-gerStr. 1, Reinickendorfer Str. 107

Gold, Silber, Platin

Zeitungen kg 10 Mk. Flaschen bis 12 Mk.

kauft Schütt, Kyffhäuserstrasse 5, nahe Winterfeldpl.

Sämtliche **Metalle**

kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken

Schulzendorferstr. 2.

„Arbeiter-Sport"

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport" vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport" wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kämpferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport" wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflachung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden."

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport". Er ist das einzigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport"

Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

In den nächsten Tagen erscheint als neuestes Heft unserer „Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte"

Der Schutz der Republik

Reichs- und Landesgesetze sowie Verordnungen zum Schutz der Republik, über die Pflichten der Beamten, die Reichskriminalpolizei und die Straffreiheit von politischen Straftaten.

Mit einer ausführlichen Einleitung.

Preis 20.— Mark.

Die Schrift enthält alle Reichs- und preußischen Gesetze zum Schutze der Republik sowie die daraufhin ergangenen Verordnungen und ist für jeden unentbehrlich, der sich über diese Fragen unterrichten und an der Durchführung der Gesetze mitarbeiten will.

Die von der Amnestie Betroffenen ersehen aus ihr die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung von der über sie verhängten Strafe, die außer durch das Gericht auch durch die Anrufung eines Ausschusses zu erreichen ist. — Bestellungen erbittet sofort

Buchhandlung „Freiheit" G. m. b. H., Berlin SW 61, Urbanstrasse 7

Spezial-Arzt

Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.; Syphilis-Kur, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser".

Dir. O. Löser, Münzstr. 9, nahe Alex.-Pl.

10–1, 4–7. Sonnt. geschl. Damen separat.

Alle Seifenhändler

decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager

Emerich A. Salgo,

N 54, Lothringer Straße 38, Hof

Fernsprecher: Norden 1978.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Versicherungsamtes der Stadt Berlin betragen die Gebühren für Mahnungen von nicht bezahlten Beitragsberechnungen ab 31. Juli 1922:

bis zur Höhe von 50 M.	...	1 M.
über 50–200 M.	....	2 „
„ 200–500 M.	....	3 „
„ 500–1000 M.	....	4 „

und für jede angefangenen 1000 M. 3 M. mehr.

Berlin-Pankow, 9. August 1922.

Der Vorstand.

O. Göllig, Vorsitzender.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Staunenerregend! Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kitzfuchse! Zobelfüchse! Opossum! Skunks! Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus, Warschauer Straße 7. Nur neue, keine Versatzwaren!

Auf Teilzahlung, Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Kollendorfstraße 22a, 2. Etage. Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9–7.

Riesenauswahl! Besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw., in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Kreuzfüchse, Pelzwaren spottbillig Reinickendorfer Straße 105 (Nettelbeckplatz).

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Boxhagener Straße 47.

Pelzwaren - Gelegenheitskäufe. Füchse und Pelze aller Art enorm billig. Spicher, Kommandantenstraße 28 II.

Bettwäsche billig! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 315,—, 375,—, 420,—, 495,—, Bettlaken 229,— an. Federdichte Inletts, prima Ueberschlaglaken, Paradekissen, Dimiti, Damast, Wäschestoffe, Küchen, Handtücher, bekanntlich gute Qualitäten allerbilligst. Herrenwäsche unter Selbstkosten. Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten größeren Rabatt. Stumpe u. Jäger. Größte Bettwäsche - Spezialfabrik, Kottbuser Damm dreiundsiebzig, Landsberger Straße achtundachtzig.

Säcke, Emballage, Garne. Schickler, Georgenkirchplatz 11, Königstadt 6900.

Zeltbahnen neu und gebraucht, Drillichanzüge und sämtliche Wanderartikel, Laborstr. 7, am Schlesischen Tor.

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung bald umsonst! Massenauswahl! Kreuzfüchse, Kitzfüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzvertrieb, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt günstig. Kragen billiger. Seidenstoffe. — Kreuzfüchse, Kitzfüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Auf Kredit Neu eröffnet. Herrengarderobe, Anzüge, Cutaway, Raglan, Schlüpfer. Ersatz für Maßarbeit. Diskrete Teilzahlung. Gebr. Gottlieb m. b. H., An der Schleuse 5a, Am Schloßplatz. Geöffnet 9–7 Uhr.

Credit-Rath Gardinen, Stores, Madrasgarnituren, Bettdecken, Diwandecken, Tischdecken, große Auswahl, herrliche Muster, bequeme An- und Abzahlung. Elsasserstr. 44 I, am Oranienburger Tor.

Möbel

Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbel neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile 8550 M., nur solange Vorrat.

Chaiselongues 525, Metallbetten 500, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstell, Weiße, Augustastr. 33a Querger.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner Gitschiner Straße 78.

Fahrradgummi Günstige Bezugsquelle Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Herrenrad, Damenrad, kauft Borgwardt, Dresdener Straße 120, Mpl. 3730.

Kaufgesuche

Pfandscheine und Brillantenpfandscheine kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50

Schnellbrechstahl, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Quecksilber, kauft Hirsch, Ruppiner Straße 37.

Kaufe allerhand Stoffe, Futtersachen, Wäscheleinen Schickler, Georgenkirchplatz 11.

Werkzeuge u. Maschinen

Ausnutzgern. Spiralbohrer, Feilen, Maschinenschrauben, Nägel. Dohmannstr. 22.

Mietgesuche

Laden Gegend und Branche gleich, eventuell ohne Wohnung, auch Tausch, sucht Olschewitz, Gollnowstraße 7.

Arbeitsmarkt

Teppichkopiererinnen perfekte jüngere, sowie auch Anfängerinnen, sucht sofort Teppichklinik Braun, Charlottenburg, Wallstraße 41.

Groß-Berlin

Der Segen der freien Wirtschaft

50prozentige Brotpreiserhöhung.

Am kommenden Montag treten die neuen Preise für Brot auf Marken und markenfreies Gebäck in Kraft. Die vereinigten Kalkulationskommissionen der Bäckereiverbände haben folgende Preise festgesetzt: **Ein markenfreies Brot 45 Mark, eine Schrippe 2,25 M., Kaiserbrötchen, Hörnchen usw. 3 M., Kuchenstücke 5 M., Zwieback, geröstet 60 M. pro Pfund, Einback 45 M. pro Pfund.**

Leider werden auch diese Preise, die etwa eine 50prozentige Steigerung gegenüber den bisher geltenden bedeuten, nicht allzulange in Kraft bleiben. Vielmehr muß leider mit der Tatsache gerechnet werden, daß **in etwa 8 bis 10 Tagen neue Preise** in Kraft treten bzw. **Gewichtsverminderungen der Backware** vorgenommen werden. Die ständigen Erhöhungen der Preise für Brot und Gebäck sind vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß in den letzten 10 Tagen die Preise für Mehl um durchschnittlich 200 M. pro Tag in die Höhe gegangen sind. Die laufende Erhöhung der Mehlpreise bedingt eine so gewaltige Erhöhung des Betriebskapitals, daß schon jetzt eine Anzahl kleinerer und mittlerer Bäckereibetriebe den Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Mehllieferanten nicht nachkommen können. Es ist deshalb mit der Tatsache zu rechnen, daß in der nächsten Zeit außer sehr erheblichen Entlassungen von Bäckergehilfen auch die Schließung finanziell schwacher Betriebe eintreten wird. Die Bäckereiverbände werden in diesen Tagen zusammentreten, um zu versuchen, eine

gleitende Skala für den Brotpreis

zu schaffen. Auf diese Art und Weise glaubt man, „daß das Gewerbe den eintretenden Preisschwankungen für Mehl usw. schneller als bisher entgegentreten kann.“

Eine bessere Illustration des Segens der freien Wirtschaft kann man sich überhaupt nicht denken. Im nackten Profitinteresse wird in steigendem Maße die Arbeiterschaft ausgepowert, und ist die Profitrate nicht mehr genügend hoch, dann werden die Arbeiter aufs Straßenpflaster gesetzt. Die Arbeiterschaft ist überhaupt nicht mehr in der Lage, den ständigen und sprunghaften Verteuerungen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel ihre Löhne anzupassen. Die Unternehmer zetern über „hohe“ Löhne, in Wirklichkeit macht der Verelendungsprozeß in der Arbeiterschaft immer größere Fortschritte. Es ist hohe und höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft den Bruderkampf einstellt und sich darauf besinnt, daß sie in geschlossener Front außer der Reaktion nachdrücklich ihre Ausbeuter und die Lebensmittelwucherer zu bekämpfen hat.

Verschickung kranker Kriegsbeschädigter

Im Interesse kranker Kriegsbeschädigter veröffentlichen wir nachstehend im Auszug eine Verfügung der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin betr. Verschickung kranker Kriegsbeschädigter, die in russischer Kriegsgefangenschaft waren, ins Bad Marienborn-Schmeckwitz:

„Die Schwester Elsa Brandström, bekannt durch ihre verdienstvolle Tätigkeit bei den ehemaligen Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien, hat kürzlich das Bad Marienborn-Schmeckwitz bei Kamenz in Sachsen erworben und will dort zunächst ehemalige Kriegsgefangene aus Rußland und Sibirien zur Kur unterbringen.

Marienborn-Schmeckwitz ist ein Moor- und Schwefelbad und seit über 100 Jahren bei Gelenkrheumatismus, Gicht, Ischias, Rheuma, Lähmungen, Harn-Diathese, Hämorrhoidalbeschwerden, Magen- und Darmkatarrh, Nerven- und Herzschwäche, Bleichsucht und Blutarmut erfolgreich benutzt worden.

Ehemalige Kriegsgefangene in Rußland und Sibirien, die zur Kur nach Marienborn-Schmeckwitz fahren wollten, sollten bis zum 1. 8. einen diesbezüglichen Antrag bei Schwester Elsa Brandström einreichen. Wir haben die Aufnahmebedingungen erst heute erhalten und sofort beantragt, etwaige Anträge unserer Fürsorgestellen auch nach dem 1. 8. 1922 bis zum Kurbeginn, dem 2. 9. 1922, noch zu berücksichtigen.

Die Aufnahme erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

1. Es soll ein Attest eines beamteten Arztes mit Angabe des Grades der Invalidität, der auf eine der oben genannten Krankheiten zurückzuführen ist, mit dem Antrag an die Adresse: Elsa Brandström, Marienborn-Schmeckwitz bei Kamenz in Sachsen eingereicht werden, wobei auch Namen, Alter und Beruf anzugeben sind.

2. Die Verpflegungskosten werden mit 50 M. täglich für die Person berechnet, worin auch die ärztliche Untersuchung und laufende Behandlung der Patienten, die Badekur, Trinkkuren und Medikamente enthalten sind. Es wird reichliche und kräftige Verpflegung (5 Mahlzeiten) gegeben. Die meisten Kuragäste werden Einzelzimmer erhalten und kein Zimmer wird mit mehr als zwei Personen belegt.“

Gedungene Mörder

Ein ganz ungewöhnlicher Kriminalfall wird in der kommenden Gerichtsperiode verhandelt werden. Es handelt sich um die Verleitung zweier Männer zu einem Morde, deren der Leutnant a. D. Hans Heinrich Noetzold beschuldigt wird. Der Fall erregte damals wegen seiner Begleitumstände großes Aufsehen, da er den bekannten Fall Schlieffen noch weit übertrifft.

Leutnant a. D. Noetzold war der Adoptivsohn der sehr begüterten Witwe des Brauereidirektors Brüstinghaus, die in Briesnitz bei Dresden eine Villa besitzt. N. lernte später auch die Tochter seiner Adoptivmutter kennen, die er dann heiratete. N. wurde von Frau Brüstinghaus mit Geldmitteln reichlich unterstützt, kam mit dem Gelde aber nie aus, so daß in ihm der Plan entstand, die Frau Brüstinghaus zu ermorden, um sich vorzeitig in den Besitz ihres ganzen Vermögens zu setzen. Anfang Februar fuhr N. — der in sexueller Beziehung ein Doppelleben führte — nach Berlin und lernte hier in der Passage einen jungen Mann namens Willy Ruda kennen, mit dem er zunächst ein Absteigequartier in der Friedrichstadt aufsuchte. Bei dieser Gelegenheit fragte er Ruda, ob er imstande sei, seine, Noetzolds, reiche Tante aus der Welt zu schaffen. Ruda erklärte sich bereit dazu, wollte aber noch einen Gehilfen dazu mitnehmen. N. versprach jedem der gedungenen Mörder 50 000 Mark und den Brillantenschmuck der zu Ermordenden, der ¼ Million wert sei.

Am 22. Februar fuhren Noetzold und der zweite gedungene Mörder namens Heuskel mit dem Schnellzug nach Dresden, wohin sie ein Kriminalbeamter unauffällig begleitete. In Dresden führte N. den H. zu der Villa der Frau B. und zeigte ihm den Tatort. Er werde abends mit zwei Damen nach Hause kommen, dann mit der einen Dame wieder fortgehen und dann solle H. die zurückbleibende Dame umbringen. Er gab H. dann das Geld zur Flucht und wurde in diesem Augenblick verhaftet. N. bestreitet nun, den Plan zur Ermordung der Frau Brüstinghaus gehabt zu haben. N. und H. sollen angeblich mit Erpressungen gegen ihn vorgegangen sein und N. selbst soll die Idee angeregt haben. Bei den verschiedenen Zusammenkünften sei es ihm nur darauf angekommen, sich von N. und H. loszukaufen.

Vermehrt die Wohngelegenheit

Die außerordentliche Geldentwertung erschwert und vermindert den Neubau von Wohnhäusern. Die Zahl der Wohnungsuchenden aber steigt und Tausende deutscher Flüchtlinge und Vertriebener müssen noch untergebracht werden. Mehr noch als bisher wird daher Raum in vorhandenen Gebäuden für die Wohnungslosen nutzbar gemacht werden müssen. Dafür besteht der Weg der Beschlagnahme. Reibungsloser freilich und besser regelt sich die Unterbringung, wenn jeder Volksgenosse seine Pflicht erkennt, das Bemühen der Wohnungsämter zu unterstützen, und freiwillig jeden irgendwie entbehrlichen Raum zur Unterbringung Wohnungsloser zur Verfügung stellt. In zahlreichen Gebäuden wird auch noch durch Ein- oder Umbauten, insbesondere durch den Ausbau von Dachgeschossen, neuer Wohnraum geschaffen werden können, wofür Beihilfen aus öffentlichen Mitteln gegeben werden können.

Mord an einem Straßenbahnschaffner.

Ein Mord an einem Straßenbahnschaffner ist unter eigenartigen Umständen erst acht Tage nach der Tat festgestellt worden. Der 69 Jahre alte Straßenbahnschaffner Gottlieb Cöpernick aus der Beramannstraße 21, ein verheirateter Mann, hatte in der Nacht zum 2. d. M. bis um 2 Uhr früh Dienst. Dann verließ er den Bahnhof Kreuzbergstraße, um heimzugehen. Um 5½ Uhr morgens fand ihn ein Inspektor der Schultheiß-Brauerei am Viktoriapark in einem Strauchwerk an der Lichterfelder Straße tot auf.

Er lag mit dem Kopf bergabwärts auf dem Rücken. Seine Dienstmütze hatte er noch auf. Irgendeine Verletzung oder Blut war an der Leiche oder der Kleidung nicht zu sehen. Man nahm deshalb an, daß der Mann einem Herzschlage erlegen sei. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Von dort aus sollte sie am vergangenen Dienstag beerdigt werden. Als man nun dem Verstorbenen das Totenhemd anziehen wollte, entdeckte man am Rücken eine ganz kleine Wunde, deren Art nicht ohne weiteres zu erkennen war. Das gab Veranlassung, die Obduktion der Leiche anzuordnen. Dabei fand man, daß Cöpernick nicht einem Herzschlage erlegen, sondern hinterrücks erschossen worden ist. Die Kugel steckte noch im Körper. Es ist eine 7-Millimeter-Steinmantelgeschoß. Cöpernick ist also ohne Zweifel ermordet worden. Ob ein Raubmord vorliegt, steht noch nicht fest. Es fehlt allerdings ein Portemonnaie, in dem der Ermordete lediglich einen Siegelring aufzubewahren und bei sich zu tragen pflegte. Der Mord ist wahrscheinlich nicht am Fundort der Leiche verübt worden, denn die Vorderseite der Kleidung war stark beschmutzt, und auch Schleifspuren deuten auf einen anderen Tatort hin. Mitteilungen zur Aufklärung des Verbrechens nimmt die Kriminalpolizei des Polizeiamtes Hallesches Tor im Zimmer 45 entgegen.

Ein Richter, der sein Dienstmädchen zum Stehlen anleitet.

Das Landgericht Dresden verhandelte gegen den früheren Rechtsanwalt, jetzigen Hilfsrichter am Dresdener Amtsgericht, Dr. jur. Artur Reiprachk, dessen Ehefrau Marie und das Dienstmädchen Barwinski. Mit Wissen und im Auftrage des Ehepaares hatte das Mädchen zahlreiche Ladendiebstähle, darunter auch Kassendiebstähle verübt. Die gestohlenen Waren wurden verkauft und der Erlös gemeinschaftlich verbraucht. Frau Dr. Reiprachk war geständig, bestritt aber vor Gericht die Anstiftung. Der Hilfsrichter wollte nichts von der Herkunft der Sachen gewußt haben. Der Staatsanwalt erklärte im Plädoyer, das Ehepaar gehöre eigentlich ins Zuchthaus.

Das Gericht verurteilte Dr. Reiprachk wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu zwei Jahren, die Ehefrau wegen Beihilfe zum Diebstahl und Hehlerei zu einem Jahr sieben Monaten und das Dienstmädchen als Jugendliche zu acht Monaten Gefängnis. Dr. Reiprachk und seiner Frau wurden die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren aberkannt. Die Untersuchungshaft gelangte voll zur Anrechnung.

„Notizzettel“.

Kaum hat die Reichsbank begonnen, die neuen Banknoten über 500 Mark herauszugeben, so hat sie der Volksmund auch schon umgetauft. Ebenso wie die vor einigen Monaten eingezogenen 50-Markscheine mit dem Rahmenmuster auf der Rückseite sehr bald Visitkarten hießen, so hat der Volksmund die neuen 500-Mark-Scheine ihrer weißen Rückseite wegen „Notizzettel“ getauft und hat damit gar nicht so unrecht. Wer hindert z. B. einen Gast, zum Ausrechnen der Zeche die Rückseite des Zahlungsmittels zu benutzen? Der wenig kunstvolle Druck der neuen 500-Mark-Scheine wird zahlreiche Fälscher zur „Nacheiferung“ anspornen; vielleicht ist dies der Grund, daß sich zunächst die Käufer in den Geschäften, die Kleinhändler usw. weigern, die Scheine an Zahlungs Statt anzunehmen. Auch in den Kreisen der anderen Geschäfts-

---

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(17. Fortsetzung.)

„Wie? — wann?“

„Ganz von selbst — und wenn sie alt genug ist dazu.“

„So alt werd ich nit.“

„Jeder wird so alt, bis er so ist, wie er sein soll und sein kann.“

„Was Ihr sagt!“

„Ja, Klar, wir sind all auf der Welt, um's mit der Welt, nit gegen die Welt zu halten. Je früher wir das fertig bringen, desto besser. Um so schöner ist unser Leben, um so froher werden wir, und alles ist so gut und friedlich.“

Die Klar nahm sie bei den Händen und sah sie lange an.

„Lisbeth — wann ich sein könnt, wie Ihr, ich wollt aus meiner Haut gehn, so froh wär ich. Aber ich steck fest in mein Haut, und so bleibt halt alles, wie's ist.“

„Das ist ja aber grad recht so, Klar. Wer sein eigen Haut auszieht, der ist nit er selbst und nit ein anderer. Denn das ist so, man kann leichter sich selbst verlieren, als ein anderer werden. Es muß aber jeder bleiben was er ist, aber man darf nit meinen, damit wär schon alles fertig und man hätt nichts mehr an sich zu tun. Wenn die Häuser fertig gebaut sind, dann kann man erst hineinziehen und drin daheim sein.“

* * *

Die Klar bekam ja ziemlich Ruhe vor den Leuten. Desto härter saßen sie dem Philipp auf dem Nacken. Selbst die Erwachsenen riefen ihm „Danzdoch!“ zu — immer mit dem A seiner Mutter — und wenn sie riefen: „Schullehrer!“, so war das ein Schimpfwort.

Richtige Grausamkeiten ersannen die Buben, ihn zu kränken. Sie warfen ihm sein Armsein, warfen ihm seinen Vater und seine Mutter vor und die Sache mit der Trennung seiner Eltern in häßlichen Ausdrücken und mit gemeinen Bemerkungen, die nur von ihren Eltern wieder herrühren konnten.

Die Feindschaft spielte sich bis in die Kirche hinein in widerwärtigen Szenen. Die Dümmsten waren da die Lautesten und Rohesten. Die Lehrer drückten die Augen zu all dem zu, und wenn der Pfarrer ermahnte, so klang die Ermahnung jedesmal in eine Ermutigung aus. Die Buben hörten das fein heraus und duckmäuserten als die Zerknirschten. Sie fühlten, daß sie durch dieses Duckmäusern den Pfarrer decken mußten.

Der alte Krafft hatte ein paar Mal die Orgel in der protestantischen Kirche gespielt, weil der protestantische Lehrer von über Feld herkommen mußte. Es war keiner am Orte. Da war er denn manchmal durch schlechtes Wetter verhindert. Darum waren dem Krafft die Katholischen besonders feind. Und das übertrug sich auf seine Schüler. Dem Philipp riefen die Buben: „Lutherischer Dickkopp“ zu. Obschon er selbst katholisch war, rief er, auf den Rat seiner Mutter, „katholischer Kreuzkopp“ dagegen. Dann kam es aber so weit, daß die Buben ihm den Platz in der Kirche versagten. Es war am Osterfeste. Das Hochamt sollte gerade beginnen. Der Priester stand schon am Altar. Die Orgel brauste das Festpräludium. Der Philipp ging oben im Chore von Bank zu Bank und bat um einen Platz. Aber die Buben hielten fest zusammen wie die Mauersteine. Sie ließen ihn nicht herein. Die Tränen standen ihm in den Augen. Nie hatte er so deutlich das Hinausgestoßensein gefühlt. Seither hatte er sich nur angefeindet gefühlt, grundlos, ohne daß er es recht verstehen und begreifen konnte. Es war nur eine allgemeine Anfeindung gewesen, zwischen zwei Schulen — und was er zu erdulden gehabt hatte, das war teilweise durch seine Mutter, teilweise durch seinen Lehrer, den alten Krafft, verschuldet. Die hatten die Leute geärgert, da ließen sie's ihn ausstunken. Und so trugen seine Mutter und sein Lehrer an seinem Gram mit. Das war ihm immer ein Trost gewesen, eine Erleichterung, die er empfunden hatte, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben. Nun spürte er zum ersten Male, daß es auf ihn allein ging. Es war kein Platz mehr für ihn. Ein geschlossener Widerstand. Er sollte ausgestoßen werden. Die Tränen wollten fließen. Einen Augenblick war ihm ganz weh. Die Brust spannte ihn. Alles war Leid in ihm. Ein großes, heißes Schmerzen. Einen Augenblick wußte er nicht aus noch ein. Er ging noch einmal an eine Bank hin und bat um Einlaß.

Der Priester bete schon: Laßt uns hintreten zum Altare Gottes. Der Einlaß wurde ihm nicht gewährt.

Da faßte er sich zusammen. Er biß die Zähne aufeinander und zerpreßte die Tränen. Rasch drehte er sich um, und fest und entschlossen, mit gehobenem Kopfe, ging er durch den Mittelgang der Kirche, ungeniert vor den strafenden Blicken der Leute, ungeachtet der Pfst, die ihm zugerufen wurden. Er durchschritt das Schiff und trat aus der Kirche hinaus.

Nun hatte er den breiten und schweren Gang seiner Mutter gehabt.

Draußen atmete er auf. Aber es war ihm noch nicht genug getan. Er mußte seinen Widerstand noch stärker betonen. Es war ihm, als versetze er damit der ganzen Gemeinde einen Hieb. Ohne Besinnen ging er hinaus in die protestantische Kirche, wo gerade auch der Gottesdienst stattfand. Er wußte nicht recht, wie es kam, er durchschritt die Kirche bis zur vordersten Bank und setzte sich gerade vor den Altar. Er sang und betete mit. Dann hörte er die Predigt an.

Er war verwundert, daß man auch von Gott und Christus, von Heiland und Erlösung predigte — und nicht vom Teufel und bösen Werken, die man den Katholischen antun sollte. Das machte ihn ganz wirr. Er verstand die Feindschaft und Bekämpfung nicht mehr. Auch hier wollte man das Gute. Warum sollte man für dieses Gute in die Hölle verdammt, für das andere der katholischen Kirche aber mit dem Himmel belohnt werden? Schöner und bunter war's ja in der katholischen Kirche — und er roch den Weihrauch gern — hier fehlt ihm etwas. Er konnte nicht warm werden. Aber immer fiel es ihm ein: man wollte doch auch hier das Gute, das Heilige, die Erlösung. Daran hielt er sich. Und ließ sich daran genügen. Das löste ihm den Wirrwarr. Von dem Tage an verstand er die Gegensätze nicht mehr. Und hier hatte man ihn geduldet und eingelassen, obschon doch alle Leute wußten, daß er katholisch war. Drüben hatte man ihn hinausgestoßen.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahner! D. E. V.-Mitglieder!!

Die Sonntag stattfindende Verbandstagswahl muß eine Kundgebung für positive Gewerkschaftsarbeit werden.

Stimmt für Amsterdam!

häuser bringt man dem neuen Zahlungsmittel seiner scheckartigen Form wegen keine allzu großen Sympathien entgegen, so daß schon jetzt gesagt werden kann, daß die Umlaufzeit dieser Scheine keine allzulange sein wird.

Sprechchor für die Proletarischen Feierstunden. Sonntag, den 13. August, Ausflug nach Tegel, Buseckertal (Ehrenpfortenberge), gegenüber Schulzendorf. Treffpunkt morgens 8 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn, Berliner Straße Ecke Bahnhofstraße, in Tegel.

Die Belegung des städtischen Obdachs weist im Monat Juli 1922 nachstehende Zahlen auf: 40 468 männliche Personen, 2800 weibliche Personen, zusammen 43 162 Personen, gegenüber 39 076 Personen im Juli 1921.

Die Raucherlaubnis in der Straßenbahn. Die Berliner Straßenbahn teilt entgegen anders lautenden Meldungen mit, daß die Raucherlaubnis in den Anhängerwagen der Straßenbahnen von Sonnabend, den 12. August 1922, ab in Wirkung tritt. Die Raucherlaubnis erstreckt sich zunächst auf die Zeit bis zum 15. Oktober 1922.

Beschimpfung der Reichsflagge. Als gestern früh auf dem Gebäude der Reichsgetreidestelle am Kurfürstendamm die Reichsflagge gehißt wurde, stellte die Schutzpolizei den Gärtner Georg B. fest, weil er die Fahne beschimpfte.

Die Wiedereröffnung des Weltpanoramas Neukölln erfolgt am Sonntag, den 13. August d. Js., unter Vorführung der Bilderreihe „Eine Fahrt auf der Mittenwaldbahn".

Der Bäcker mit dem Pulverhorn. Der Zentrumswache wurde ein Bäcker Otto B. zugeführt, weil er aus dem Rauch-Museum ein Pulverhorn entwendet hatte. Ob es sich lediglich um die Entgleisung eines Kunstfreundes handelt, oder ob das betreffende „Kriegsinstrument" einen besonderen Materialwert darstellt, muß noch festgestellt werden.

Schießübungen auf Stadtbahnzüge. Um dieser Unsitte energisch entgegenzutreten, ist dieses Gebiet einem besonderen Dezernat beim Polizeipräsidium angegliedert worden, dessen Leiter der Kriminalkommissar Dr. Riemann ist. Vor dem Kriege kannte die Kriminalistik solche Vergehen nicht, sondern erst in der Nachkriegszeit traten sie in Erscheinung. Gerade in allerletzter Zeit mehrten sich die Fälle außerordentlich. Seit etwa einem halben Jahre sind ungefähr 60 Fälle von Beschießung und Bewerfung der Züge vorgekommen. Es ist dank der erfolgreichen Tätigkeit des Dr. Riemann gelungen, hiervon bereits 22 Fälle aufzuklären. Als Täter kommen junge Burschen und hauptsächlich Schulkinder in Frage, die sich der Folgen dieses Unfugs nicht bewußt sind. Es liegt ihnen daran, festzustellen, wie sie bei ihren Vernehmungen angeben, „ob sie den Zug treffen würden". Ob es sich in einzelnen Fällen um vorsätzliche Attentate auf Züge handelt, war bisher nicht nachzuweisen. In einem Falle handelt es sich um einen Schuß, den ein Wächter auf vermutliche Einbrecher abgab, und der als Fehlziel in die Scheiben eines Zuges drang. Die diesbezügliche Aufklärung durch die Kriminalpolizei gestaltet sich äußerst schwierig, da man nie den Täter kennt. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß die Reisenden nicht daran denken, sich nach einem „Attentat" nach dem Täter umzusehen, schon aus Furcht, es könnten mehrere Schüsse fallen. So gelingt es den Schützen fast in jedem Falle zu entkommen.

Gewerkschaftliches

Konferenz der Behörden-Angestellten

Der Reichstarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen ist gekündigt worden. Wie die Regierungen mitteilen, ist der Hauptgrund der Kündigung die Unzufriedenheit weiter Beamtenschichten mit einer angeblich günstigeren Regelung der Angestelltenverhältnisse durch den Tarifvertrag. Man beabsichtige deshalb eine Anpassung an die Beamtenverhältnisse durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages herbeizuführen. Der den Gewerkschaften überreichte Tarifvertragsentwurf enthält gegenüber dem bisherigen Zustand außerordentlich schwerwiegende Verschlechterungen, sowohl in den sozialen Bestimmungen als auch in der Eingruppierung. Viele öffentliche Versammlungen wie auch Fachgruppenversammlungen haben im Laufe des Monats Juli stattgefunden, die sich mit dem Tarifvertrag beschäftigen. Da die Verhandlungen mit der Reichsregierung Mitte dieses Monats beginnen werden, hat sich der Zentralverband der Angestellten veranlaßt gesehen, eine Konferenz der bei ihm bestehenden Reichsfachausschüsse für Reichs- und Staatsangestellte, für Versorgungsamtangestellte, für Postangestellte und für Angestellte der Kreis- und Gemeindebehörden für den 4. und 5. August d. J. nach Berlin einzuberufen. Die Referenten und Diskussionsredner beleuchteten die Verschlechterungen. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Einstellungen bei Behörden unter Umgehung des öffentlichen Arbeitsnachweises vorzunehmen, zu welchem Zwecke sich die Dienststellenleiter „Bewerbungen geeigneter Persönlichkeiten beschaffen" sollten.

Nach einer eingehenden Durcharbeitung des Tarifvertragsentwurfes wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf ist in vielen seiner Bestimmungen unannehmbar, so besonders im § 3 Abs. 4 und 8, § 8 usw. Die Reichsfachausschüsse für Behördenangestellte im Zentralverband der Angestellten beauftragen den Verbandsvorstand, in Verhandlungen einzutreten und dahin zu wirken, daß Verschlechterungen des bisherigen Tarifvertragszustandes nicht eintreten, vielmehr die bisher beklagten Mängel der Tarifverträge vom 4. Juni und 6. November 1920 aufgehoben werden."

Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit dem Entwurf zur Schlichtungsordnung; es wurde gegen die beabsichtigten Sondereinrichtungen für Reichs- und Staatsverwaltungen in den Schlichtungsbehörden Stellung genommen. Sie verlangte unbedingt das Recht der Mitwirkung bei der Bildung von Behördenfachkammern und Stellung aller Arbeitnehmer bei den Behörden unter die Schlichtungsordnung im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf, der Teile der Angestelltenschaft herausnehmen will.

Weiter beschäftigte sich die Konferenz mit den in fast allen deutschen Ländern stattfindenden Beratungen der Verfassungsordnungen für Städte und Gemeinden. Nur in wenigen Ordnungen ist die Regelung der Angestelltenverhältnisse vorgesehen. Die Konferenz verlangt deshalb Aufnahme von Bestimmungen, wonach die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten, die nicht Beamte sind, nur durch Tarifverträge mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Angestellten zu regeln sind.

Der Lohnkampf in der Metallindustrie

Die überfüllte Funktionärversammlung der Berliner Metallarbeiter nahm gestern zum Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums erneut Stellung. Nach Entgegennahme des Berichts, den ein Vertreter des Metallkartells gab, erklärten fast alle Diskussionsredner, daß trotz Ablehnung des Schiedsspruchs erneut eine Urabstimmung stattfinden muß.

Die Funktionäre stimmten schließlich mit großer Mehrheit dem Vorschlag der Ortsverwaltung zu, daß am kommenden Montag, dem 14. August, eine Urabstimmung in den Betrieben über den Schiedsspruch vorzunehmen ist. Die Resultate sind bis Montag abend dem Verbandsbüro, Linienstraße 83/85, mitzuteilen.

Der Lohnkampf der Buchdrucker

Seit dem Berliner Buchdruckerstreik sind wenige Wochen ins Land gegangen, und schon sind neue Kämpfe im Buchdruckgewerbe ausgebrochen. So stehen in Frankfurt am Main und in Solingen die Buchdrucker im Streik. Ueber die Ursachen des Kampfes in Frankfurt am Main, die auch für Solingen zutreffen, gibt uns ein Rundschreiben der Streikenden Aufklärung. Nach den Angaben, die in dem Schreiben gemacht werden, werden dort folgende Löhne gezahlt: Die Buchdrucker erhalten einen Wochenlohn von 1415 Mark, was einem Stundenlohn von 29,50 M. gleichkommt. Die Frankfurter Transportarbeiter erhalten ab 1. August 1870 Mark Wochenlohn, ab 12. August 1940 Mark und außerdem eine Kinderzulage. Die Metallarbeiter Frankfurts verdienen 41 bis 43 Mark pro Stunde, in der Ziegelindustrie werden 42 bis 43 Mark Stundenlohn gezahlt. Diese Gegenüberstellung beweist aufs treffendste, wie schlecht die Entlohnung im Buchdruckgewerbe ist.

Die Frankfurter Buchdrucker führen den Kampf in mustergültiger Geschlossenheit. Sie wissen, daß sie bei allen Angehörigen des Buchdruckgewerbes im Reiche volle Unterstützung finden. Es erscheint an der Zeit, den Unternehmern im Buchdruckgewerbe, aber auch den Unterhändlern der Gehilfen sehr ernstlich zu sagen, bei ihren Lohnverhandlungen auf die Lebenshaltung der graphischen Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen. Die opfervolle Kampfentschlossenheit der Arbeiter im graphischen Gewerbe deutet darauf hin, daß sie nicht gewillt sind, sich länger eine unwürdige Entlohnung bieten zu lassen.

Zur Lohnbewegung der Hochbahner.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns geschrieben:

In unserem letzten Bericht teilten wir mit, daß über das Verhandlungsergebnis mit der Direktion am 3. August eine Urabstimmung stattfinden soll. Diese fand am 4. August statt mit dem Resultat, daß sich 50 Prozent der Belegschaft für die Annahme des Angebots aussprachen. Von 2383 am Tage der Urabstimmung im Dienst befindlichen Personen beteiligten sich 2155. Davon stimmten für den Streik 1071, für Arbeit 1069, ungültig 15 Stimmen. Auch in den einzelnen Abteilungen — außer der Werkstatt Grunewald — war eine Mehrheit für den Streik nicht vorhanden. Unter diesen Umständen erklärte die Belegschaft der Werkstatt Grunewald, daß sie sich dem Mehrheitsbeschluß füge. Damit hat die Bewegung ihr Ende erreicht.

Die Zulage für Monat August beträgt demnach für technisches Personal, für Zugprüfer, Zugfahrer, Zugbegleiter und Zugabfertiger 9,50 M. für die Stunde. Für Portiers und Telephonisten 8,25 M., für Dienstanwärter 9,— M., Fahrkartenausgeberinnen, Dienstanwärterinnen und Arbeiterinnen 6,75 M., für jugendliche Arbeiterinnen 5,75 M. und für Reinemachefrauen 5,25 M. für die Stunde. Die Kinderzulage wird auf 60,— M. für die Woche bzw. 260,— M. für den Monat erhöht.

Für Monat Juli erhalten die männlichen Arbeiter und Bediensteten 600,— M., die weiblichen 400,— M. und die Jugendlichen 250,— M. nachgezahlt.

Betriebsratswahl beim Magistrat Berlin

In den zentralen Verwaltungen des Berliner Magistrats finden in nächster Zeit die Wahlen des Betriebsrates statt. Dem Wahlvorstand, der sich aus Mitgliedern der Union der Kopf- und Handarbeiter zusammensetzt, scheint das Betriebsrätegesetz ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Er versucht, durch Nichtachtung der gesetzlichen Vorschriften, beispielsweise Einhaltung der Fristen für Einreichung der Kandidatenlisten, wie auch Außerachtlassung einer genügenden Bekanntmachung der Wahl, die Wahlen für seine politischen Ziele zu mißbrauchen. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften haben bereits einen Ueberrumpelungsversuch dieser Herrschaften durchkreuzt. Für sie erwächst die Pflicht, ein wachsames Auge auf die Machenschaften dieser Herrschaften zu werfen.

Der Zentralverband der Angestellten und der Bund der technischen Angestellten und Beamten veranstalten zur Aufstellung einer Kandidatenliste eine Mitgliederversammlung am Montag, dem 14. August, abends 7 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97. Die Funktionäre treffen sich im gleichen Lokal um 5 Uhr nachmittags.

Streikbeginn im Eisenhandel

Der Schlichtungsausschuß hat den Spruch in der Form bestätigt, wie die Verhandlungskommissionen es verabredet hatten. Trotzdem hat der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch abgelehnt. Damit tritt der Versammlungsbeschluß vom Mittwoch nunmehr in Kraft und ist in allen Betrieben sofort die Arbeit niederzulegen.

Zentralstreikbüro befindet sich bei Feysers, Melchiorstraße 15, Tel. Amt Moritzplatz 1854.

Streik und Aussperrung in der Schuh-Industrie.

Der Zentralverband der Schuhmacher teilt mit:

Bei der Luxusschuhfabrik „Richard Ebenstein", früher „Burghardt & Co.", Berlin, Neue Friedrichstr. 37, 2. Hof, 3 Tr., ist erneut der Streik ausgebrochen. Die Firma weigert sich, die tariflichen Zuschläge für Monat August zu zahlen, sowie die Nachzahlungen für den Monat Juli zu leisten. Bisher gepflogene Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Betrieb bleibt für organisierte Kollegen gesperrt. — Die Firma „Elegantia", Schuhfabrik, Berlin, Grüner Weg 2, hat ihre Arbeitnehmer entlassen, weil sie sich weigerten, täglich 9 Stunden zu arbeiten. Auch dieser Betrieb ist für organisierte Kollegen bis auf weiteres gesperrt.

Neue Löhne im Fuhrgewerbe.

In einer am Sonntag, dem 6. August, im Lokal Böker, Weberstr. 17, für die in den gewerblichen Fuhrbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher stattgefundenen Versammlung berichtete Sudow über einen von dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedsspruch, der auf die bestehenden Lohnsätze Erhöhungen von 322.— bis 340.— Mk. pro Woche in Aussicht stellt.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß trotz der gewährten Zulagen der Reallohn der früheren Zeit gegenüber statistisch tiefer stehe. Trotzdem stimmte die Versammlung dem Schiedsspruch zu. Da auch die Arbeitgeber den Schiedsspruch angenommen haben, treten die neuen Lohnsätze mit Wirkung ab 1. August 1922 in Kraft.

Das neue Lohnabkommen ist gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Deutschen Transportarbeiterverband, Engelufer 24/25 erhältlich.

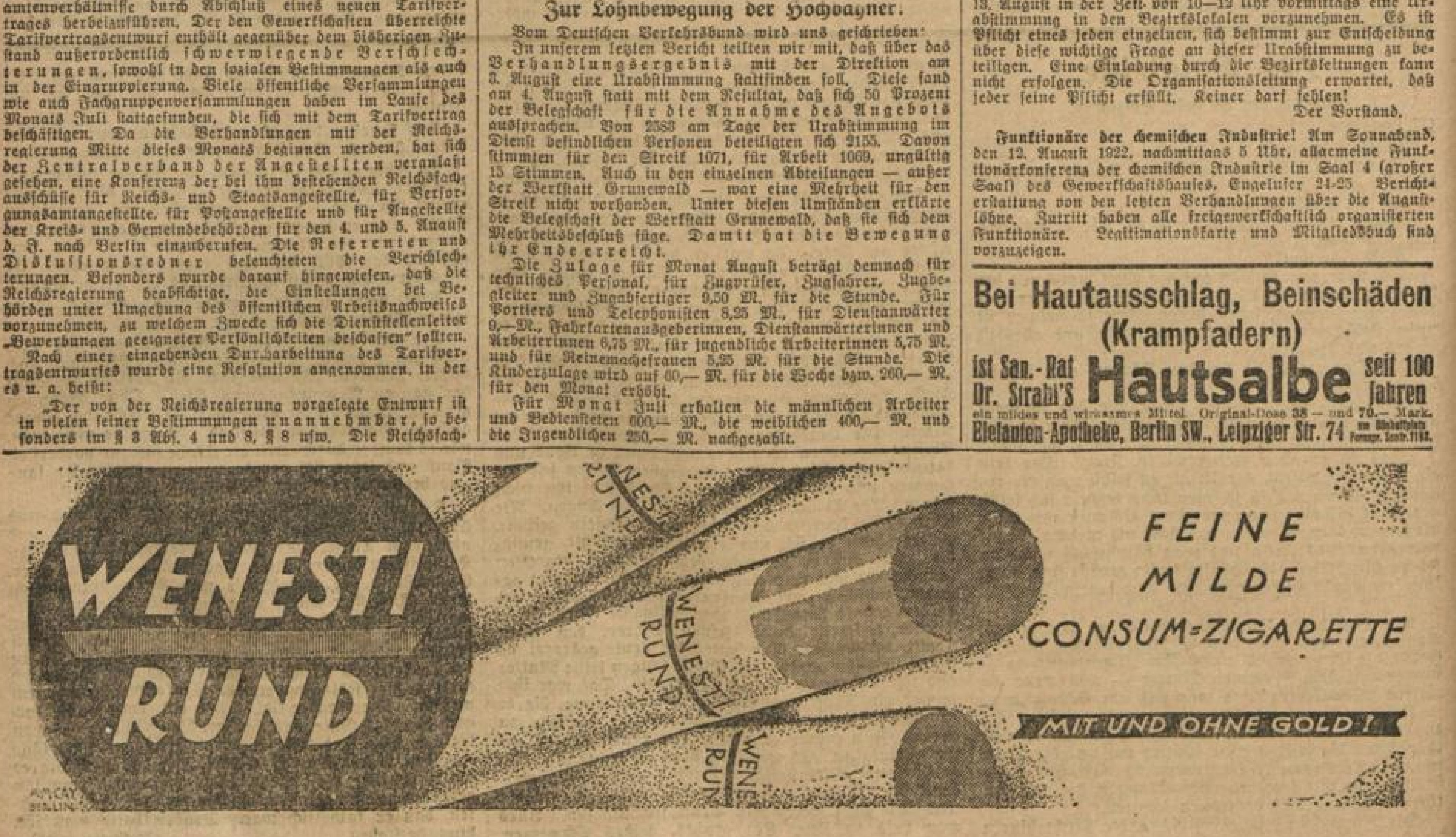
Achtung Zimmerer! Kameraden! Unsere Zahlstellenversammlung am 8. d. Mts. hat beschlossen, über die Frage „Soll ein Ortstarifvertrag auf Grund des Reichstarifvertrages abgeschlossen werden oder nicht" am Sonntag, den 13. August in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags eine Urabstimmung in den Bezirkslokalen vorzunehmen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen, sich bestimmt zur Entscheidung über diese wichtige Frage an dieser Urabstimmung zu beteiligen. Eine Einladung durch die Bezirksleitungen kann nicht erfolgen. Die Organisationsleitung erwartet, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Keiner darf fehlen!

Der Vorstand.

Funktionäre der chemischen Industrie! Am Sonnabend, den 12. August 1922, nachmittags 5 Uhr, allgemeine Funktionärkonferenz der chemischen Industrie im Saal 4 (großer Saal) des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25. Berichterstattung von den letzten Verhandlungen über die Augustlöhne. Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch sind vorzuzeigen.

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampfadern)

ist San.-Rat Dr. Strahl's **Hautsalbe** seit 100 Jahren

ein mildes und wirksames Mittel. Original-Dose 38.— und 70.— Mark.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74 am Dönhoffsplatz Fernspr. Zentr. 1198.